

**Damian van Melis
und
Henrik Bispinck (Hrsg.)
„Republikflucht“**

**Schriftenreihe
der Vierteljahrshefte
für Zeitgeschichte
Sondernummer**

Im Auftrag des
Instituts für Zeitgeschichte München – Berlin
herausgegeben von
Karl Dietrich Bracher Hans-Peter Schwarz
Horst Möller

„Republikflucht“

Flucht und Abwanderung aus der SBZ/DDR
1945 bis 1961

Veröffentlichungen zur SBZ-/DDR-Forschung
im Institut für Zeitgeschichte

Herausgegeben von
Damian van Melis und Henrik Bispinck
mit einer Einleitung
von Damian van Melis

R. Oldenbourg Verlag München 2006

Gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums des Innern

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

© 2006 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Internet: oldenbourg.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung:

Thomas Rein, München und Daniel von Johnson, Hamburg

Umschlagabbildung: Ausschnitt aus einem Propagandaplakat der DEWAG (Deutsche Werbe- und Anzeigenagentur), 1958; Deutsches Historisches Museum, Berlin

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).

Druck und Bindung: R. Oldenbourg, Graph. Betriebe Druckerei GmbH,
85551 Kirchheim b. München

ISBN-13: 978-3-486-57995-6

ISBN-10: 3-486-57995-9

Inhalt

1. Einleitung	7
1.1 Thema	7
1.2 Forschungsstand	8
1.3 Fragestellung und Ansatz	12
1.4 Begrifflichkeit	14
1.5 Quellenbasis	16
2. Die unbeachtete Auswanderung: Vom siegessicheren Desinteresse zur Durchsetzung der neuen Staatlichkeit (1945–1952)	19
2.1 Vertreibung und Abschottung vom Westen	20
2.2 Unkontrollierter Grenzverkehr als Ordnungsproblem des jungen Staates	29
2.3 Pendelverkehr zwischen Ost und West	33
2.4 Die Abwanderung wird zum Problem	37
3. Maßnahmen gegen die Republikflucht 1952–1961:	
Die Wirkungslosigkeit von Zuckerbrot und Peitsche	47
3.1 Juristische Rahmenbedingungen	47
3.2 Maßnahmen zur Bekämpfung der Republikflucht im Rahmen des „Neuen Kurs“	49
3.3 Weitere Maßnahmen gegen Flucht und Abwanderung bis zum Mauerbau	54
4. Fluchtgründe aus Sicht von DDR und SED:	
Komplexe Motive und einseitige Wahrnehmung	73
4.1 Berufsspezifische Fluchtgründe	78
4.2 Weitere Fluchtgründe	92
4.3 Erklärungen	112
5. Zusammenfassung	121
Verzeichnis der Dokumente und Statistiken	131
Dokumente und Statistiken	137
Abkürzungsverzeichnis	261
Quellen- und Literaturverzeichnis	265

Editorische Notiz

Offensichtliche Tipp- und Zeichensetzungsfehler in den Dokumenten wurden stillschweigend korrigiert, orthographische Eigenheiten hingegen beibehalten.

Hervorhebungen wurden entsprechend der Hervorhebungen im Original (**fett**, unterstrichen, oder `g e s p e r r t`) wiedergegeben. Handschriftliche Unterstreichungen wurden nicht berücksichtigt.

1. Einleitung

1.1 Thema

Zwischen 1984 und 1988 verließen jährlich etwa 30 000 Personen die DDR. Dies hatte für die DDR so tiefgreifende Auswirkungen, daß nicht nur Oppositionelle, sondern selbst ranghohe SED-Genossen von starken Gefühlen der Scham berichten. Das ehemalige Politbüromitglied Günter Schabowski spricht von einer „qualende[n]“ und „zutiefst beschämenden“ Situation,¹ den Schriftsteller Christoph Hein machte die anhaltende Flucht der Mitbürger „physisch und psychisch krank“,² und auch der Bürgerrechtler Jens Reich erinnert sich an ein ähnliches Gefühl der Zurückgebliebenen: „Seit vielen Jahren schon quält uns alle zunehmend diese Auswanderungsbewegung [...]. Das war so bitter, dieses Gefühl, auf einem Bahnhof im Wartesaal zu sitzen und ringsherum bricht alles auf. Das war zum Schluß unerträglich.“³ Vor dem Mauerbau 1961 verließen jährlich bis zu 300 000 und mehr Menschen die DDR. Wieviel stärker muß dies auf die Gesellschaft der Zurückgebliebenen gewirkt haben?

Mit Flucht und Abwanderung in den Westen verweigerten sich viele Deutsche aktiv und eigenverantwortlich ihrer staatlichen Obrigkeit. Diese „Abstimmung mit den Füßen“ gegen den eigenen Staat fiel bis zum Mauerbau 1961 verhältnismäßig leicht, da die Grenze in dieser Zeit noch relativ durchlässig war und der Weggang weder in die kulturelle Fremde führte noch den Verlust staatlicher Ordnung und Protektion bedeutete: In der Bundesrepublik wurden die Neuankömmlinge als Staatsbürger betrachtet, welche die gleichen Rechte besaßen und die gleichen sozialen Leistungen beanspruchen konnten wie die eingewanderten Bürger, selbst wenn sie nicht als „politische Flüchtlinge“ anerkannt waren. So wie Bonn die Zuwanderer als Bestätigung der Legitimität der Bundesrepublik und ihrer kompromißlosen Westorientierung ansah, so stellten diese umgekehrt die gesellschaftspolitische Orientierung Ost-Berlins in Frage. Damit bildete die deutsch-deutsche Grenze nicht nur die Schnittstelle zwischen den beiden hegemonialen internationalen Blöcken, sondern für die einen eine wichtige Quelle und für die anderen einen dauerhaften Sickerbrunnen gesellschaftspolitischer Zustimmung.

Insofern war „die offene Grenze zum Westen [...] wahrscheinlich die wichtigste Grenze der ostdeutschen Diktatur“, die den Umgestaltungseifer der SED selbst „in den finstersten Tagen des ostdeutschen Stalinismus“ bremste.⁵ Dabei ging es nicht nur um die damals wie heute gültige Überzeugung, daß ein „Staat, der keine Kontrolle über seine Grenzen hat,

¹ Schabowski, Politbüro (1990), S. 62.

² Die Zeit Nr. 41 v. 6. 10. 1989, S. 65 f., zitiert nach Streul, Kulturszene (1989), S. 1404.

³ In einem Interview Ende Oktober 1989, zitiert nach Reich, Am wichtigsten ist die Befreiung (1989), S. 27.

⁴ Zu diesem zeitgenössisch gängigen Begriff vgl. z.B. Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, SBZ von A bis Z (1966), S. 147; der Begriff geht nach Major, Torschlußpanik (2000), S. 222, auf Worte Lenins zurück.

⁵ Bessel, Grenzen des Polizeistaates (1996), S. 236 f.; ähnlich: Bessel/Jessen, Einleitung (1996), S. 10 f.

[...] überhaupt kein Staat“ ist.⁶ Aufgrund der deutsch-deutschen Konkurrenz stellte die große Anzahl an Flüchtlingen die Legitimität der DDR konkret in Frage, wollte sie doch gerade als eigener Staat anerkannt werden. Deshalb liegt es nahe, den Bau der Mauer im August 1961 als „heimlichen Gründungstag der DDR“⁷ zu bezeichnen. Darüber hinaus erlitt die ostdeutsche Gesellschaft vor allem durch den Weggang junger und gut qualifizierter Menschen einen enormen Verlust an Wissen und Zukunftspotential, der im Alltag einzelner Betriebe, Behörden und Universitäten ebenso unübersehbar blieb wie in der volkswirtschaftlichen Gesamtentwicklung.

1.2 Forschungsstand

Angesichts der skizzierten Bedeutung der deutsch-deutschen Fluchtbewegung verwundert es nicht, daß sie schon früh das Interesse von Sozialwissenschaftlern und Historikern geweckt hat und bereits Anfang der fünfziger Jahre erste Untersuchungen dazu entstanden.⁸ Sie beschäftigten sich ebenso wie die meisten anderen, später erschienenen Arbeiten⁹ vorwiegend mit der bundesrepublikanischen Aufnahmegesellschaft, den Eingliederungsbestrebungen durch Politik, Verwaltung und Wirtschaft, mit bestimmten Alters- und Berufsgruppen sowie mit der Integrationsbereitschaft und Integrationsfähigkeit der Zuwanderer aus dem Osten. Diese Tendenz liegt auch darin begründet, daß viele Untersuchungen als sozialwissenschaftliche Auftragsarbeiten für Bonner Ministerien und andere Regierungsstellen entstanden bzw. unmittelbar von diesen herausgegeben wurden.¹⁰ Damit reißen sich diese Veröffentlichungen in die gesamte deutsche zeithistorische Forschung zu Migrations- und Flüchtlingsfragen ein, die sich bis vor wenigen Jahren fast ausschließlich auf die Ankunft und die Eingliederung in die aufnehmenden Gesellschaften konzentriert hat. Dies gilt etwa für Vertreibung, Flucht und Umsiedlungen aus den ehemals deutschen Ostgebieten, die vor allem unter dem Aspekt der westdeutschen Integrationsleistung betrachtet wurden.¹¹ Die Entscheidung zum Weggehen, die Fluchtursachen fanden geringe-

⁶ Lukacs, *Die Geschichte geht weiter* (1994), S. 315.

⁷ So Staritz, *Geschichte der DDR* (1996), S. 196.

⁸ Beispielhaft: Külz, *Flüchtlinge* (1950); Grapengeter, *Rechtliche Stellung* (1950); Schröter, *Jugendliche Flüchtlinge* (1958); Grenzer, *Flucht aus der sowjetischen Besatzungszone* (1953); Arndt, *Volkswirtschaftliche Eingliederung* (1954); von Koerber, *Heimatvertriebene und Flüchtlinge aus der Sowjetzone* (1954). Die Aufnahmepolitik der Bundesregierung und das Notaufnahmeverfahren beschreibt ausführlich Granicky, *Zuwanderung aus der sowjetischen Besatzungszone* (1959). Die Flüchtlingsliteratur bis 1986 ist umfassend dokumentiert bei Krallert-Sattler, *Kommentierte Bibliographie* (1989).

⁹ Kratzer, *Zustrom von Deutschen* (1966); Bethlehem, *Heimatvertriebene, DDR-Flucht, Gastarbeiterzuwanderung* (1982), S. 81–106; Koch, *Flucht und Ausreise* (1986); Kleinert, *Flüchtlinge als Arbeitskräfte* (1990).

¹⁰ Vgl. neben zahllosen Aufsätzen in entsprechenden Fachzeitschriften etwa Balzer/Ladendorff, *Gesellschaftliche Eingliederung* (1960); Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, *Flucht aus der Sowjetzone* (1961); Senator für Arbeit und Sozialwesen von Berlin, *Deutsche flüchten zu Deutschen*; Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, *Flucht aus der Sowjetzone* (1964); Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, *Tatsachen* (1966).

¹¹ Bereits 1986 wies von der Brölie-Lewien, *Zur Rolle der Flüchtlinge* (1987), S. 25, darauf hin, daß viele Arbeiten sich darauf richten, das westdeutsche Demokratie- und Wirtschaftswunder noch durch eine weitere „Erfolgsgeschichte“ aus der Sicht der Bundesrepublik“ zu ergänzen; vgl. auch Heidemeyer, *Flucht und Zuwanderung* (1994), S. 17 f.; Hoffmann/Schwartz, *Einleitung* (1999), S. 8; Bauerkämper, *Vorgetäuschte Integration* (1999), S. 193.

res Interesse, doch hat es auch hier bereits von Zeitgenossen Versuche gegeben, die Fluchtmotive zu untersuchen und zu systematisieren, wobei sich die Autoren in den fünfziger Jahren stark auf die politischen Ursachen konzentrierten.¹²

Die Auswirkungen von Flucht und Abwanderung auf Gesellschaft und Wirtschaft der DDR¹³ und die Wahrnehmung des Phänomens durch Bevölkerung und Regierung sowie deren Reaktion blieben dagegen lange Zeit unterbelichtet. Dies lag nicht zuletzt in der Quellenlage begründet, denn bis 1989 waren nur die offiziellen Stellungnahmen aus Ost-Berlin zugänglich, aber fast keine aussagefähigen Quellen, die Einblicke in das Innenleben der DDR gewährt hätten. In der DDR-Wissenschaft, die bis 1989 keinen offenen und konstruktiven Umgang mit den offensichtlichen Schwachstellen der DDR fand, war das Thema Republikflucht vor und nach dem Mauerbau tabu.

Die entscheidenden Arbeiten sind daher zunächst im Westen über den Westen erschienen: Neben einer bereits 1963 an der Universität Graz eingereichten staatswissenschaftlichen Dissertation, die sich ausschließlich auf veröffentlichte Materialien stützt,¹⁴ ist hier vor allem die umfangreiche Untersuchung von Helge Heidemeyer zu nennen, der die politische und gesellschaftliche Bedeutung der Zuwanderung für die Bundesrepublik herausarbeitet und die Politik der Bundesregierung zur Steuerung der Zuwanderung und zur Integration der Flüchtlinge darstellt. Dabei präsentiert er präzise Informationen über Anzahl, Altersstruktur, soziale Herkunft, berufliche Ausbildung, geschlechtsspezifische Zusammensetzung, regionale Herkunft und Verteilung der Flüchtlinge sowie über Dauer und Form ihres Aufnahmeverfahrens.¹⁵ Eine zweite umfangreiche Monographie liefert Volker Ackermann,¹⁶ der die verschlungenen Pfade der westdeutschen Auseinandersetzungen über die Zuwanderer aus der DDR nachzeichnet, die sich immer wieder um die Frage drehten, welche von ihnen ‚echte‘, d.h. politische Flüchtlinge waren, und wer nur aufgrund von privaten, vor allem wirtschaftlichen Interessen der DDR den Rücken kehrte. Recht ausführlich geht er dabei auf die Diskussionen über die Fluchtgründe in beiden Teilen Deutschlands ein. Hierzu greift er kursorisch auch auf einige ostdeutsche Akten zurück. Eine sehr ausführliche Studie von Frank Hoffmann¹⁷ widmet sich der Integration der jugendlichen Republikflüchtlinge und den ihr zugrundeliegenden politischen und sozialen Bedingungen in der Bundesrepublik. Ebenso wie Ackermann bestätigt auch er Heidemeyers Einschätzung, daß die Integration sowohl für die Zuwanderer als auch für die westdeutsche Gesellschaft mit zahlreichen Schwierigkeiten verbunden war, die letztlich aber – nicht zuletzt dank der politischen Frontstellung im Kalten Krieg und des mit

¹² Grundlegend hier Klein, Ursachen und Motive (1955), sowie Storbeck, Flucht oder Wanderung (1963). Vgl. auch Köllner, Umfang und Gründe (1961); von Nottbeck, Gründe und Hintergründe (1953); Bohne, Die dritte Welle (1953); Schuster, Sowjetzonenflucht (1955). Aufschlußreich für die Motive sind auch die zeitgenössischen Sammlungen von individuellen Fluchtgeschichten, vgl. etwa von Hornstein, Die deutsche Not (1960); von Koenigswald, Der unabsehbare Strom (1957); von Koenigswald, Menschen von drüben (1957); Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Jeder Fünfte (1961).

¹³ Vgl. als Ausnahme: Gleitze, Forderungen der Sowjetzone (1967).

¹⁴ Toffel, Flüchtlingsstrom (1963).

¹⁵ Heidemeyer, Flucht und Zuwanderung (1994); vgl. auch die kompakte Zusammenfassung dieser Arbeit bei Ackermann, Der „echte“ Flüchtling (1995), S. 15.

¹⁶ Ackermann, Der „echte“ Flüchtling (1995).

¹⁷ Hoffmann, Junge Zuwanderer (1999).

dem wirtschaftlichen Aufschwung einhergehenden zunehmenden Arbeitskräftemangels in der Bundesrepublik – zu beiderlei Nutzen gelöst wurden.

Seit Öffnung der Archive der DDR hat sich der Schwerpunkt der Untersuchungen auf die ostdeutsche Perspektive verlagert. Im Zentrum der meisten jüngeren Studien stehen die Motive der Flüchtlinge, die Wahrnehmung der Fluchtbewegung durch die DDR-Regierung und die zur Eindämmung des Flüchtlingsstroms eingeleiteten Gegenmaßnahmen der Staats- und Parteiorgane. Hier sind an erster Stelle die Veröffentlichungen zweier britischer Autoren zu nennen. Patrick Major ordnet die Fluchtbewegung in die allgemeine Gesellschaftsgeschichte der DDR ein; er untersucht neben den politischen Motiven zur Flucht insbesondere die ökonomischen Faktoren und die Auswirkungen der jeweiligen weltpolitischen Lage auf die Entwicklung des Flüchtlingsstroms.¹⁸ Genauer herausgearbeitet hat er die Wechselwirkungen zwischen Republikflucht, zweiter Berlinkrise und Mauerbau.¹⁹ Einen ähnlichen Ansatz verfolgt Corey Ross; er befaßt sich indes intensiver mit den – erfolglosen – Versuchen der DDR-Regierung zur Eindämmung der Fluchtbewegung.²⁰ Darüber hinaus diskutiert er die Möglichkeiten, die die bis zum Mauerbau noch durchlässige deutsch-deutsche Grenze auch in der DDR verbleibenden Menschen bot, indem sie mittels direkter oder indirekter Drohung mit „Republikflucht“ Vergünstigungen zu erwirken versuchten.²¹ Zuletzt hat Jörg Roesler den Versuch eines Vergleichs der Flucht- bzw. Abwanderungsbewegung zwischen DDR und Bundesrepublik in den fünfziger Jahren und der innerdeutschen Wanderung der neunziger Jahre unternommen.²² Er kommt dabei jedoch zu verzerrten Ergebnissen, da er die Motive der Flüchtlinge selektiv und einseitig wahrnimmt und nicht berücksichtigt, daß auch ökonomische Abwanderungsgründe in den fünfziger Jahren vor dem Hintergrund des politischen Systems der DDR zu betrachten und zu beurteilen sind, weshalb seine Thesen auch scharfen Widerspruch hervorgeufen haben.²³ Die Wahrnehmung der Fluchtbewegung durch die Sowjetunion untersucht Hope M. Harrison in ihrer Studie über die sowjetisch-ostdeutschen Beziehungen in den fünfziger Jahren.²⁴ Die Schwächung der DDR durch den Flüchtlingsstrom, so ihre These, habe Walter Ulbricht gegenüber der Sowjetführung eine stärkere Position verschafft, indem er sie als Druckmittel für größere sowjetische Unterstützung – und damit letztlich zur Erzwingung der Zustimmung Moskaus zum Mauerbau – ausgenutzt habe.²⁵

¹⁸ Major, *Going west* (2002).

¹⁹ Major, *Torschlußpanik* (2000); Major, *Innenpolitische Aspekte* (2002). Zur Haltung der ostdeutschen Bevölkerung zu diesen Ereignissen vgl. Major, *Vor und nach dem 13. August* (1999), sowie die aufschlußreiche Quellendokumentation: Major, *„Mit Panzern kann man doch nicht für den Frieden sein“* (1995).

²⁰ Ross, *Constructing Socialism* (2000), S. 83–87, 143–160; Ross, *Before the Wall* (2002); Ross, *East Germans* (2004).

²¹ Ross, „...sonst sehe ich mich veranlaßt, auch nach dem Westen zu ziehen“ (2001).

²² Roesler, *„Abgehauen“* (2003); Seine Thesen zu den fünfziger Jahren hat Roesler wenig später noch einmal ausführlicher dargelegt. Vgl. Roesler, *„Rübermachen“* (2004).

²³ Vgl. die Kritik von Heidemeyer, *„Abgehauen“ – zugeschlagen* (2003), sowie von Eisenfeld, *Gründe und Motive* (2004).

²⁴ Vgl. Harrison, *Driving the Soviets* (2003), insbes. S. 71–74; zu den Verhandlungen zwischen Moskau und Ost-Berlin über den Mauerbau vgl. auch Uhl/Wagner, Ulbricht, Chruschtschow und die Mauer (2003).

²⁵ Harrison, *Driving the Soviets* (2003), S. 229.

Inzwischen liegen auch Ergebnisse zur Fluchttendenz in einzelnen Berufs- und Gesellschaftsgruppen vor – zumeist als Bestandteil umfassenderer sozialgeschichtlicher Arbeiten zur DDR. Diese beschäftigen sich fast ausschließlich mit akademischen Berufen. Anna Sabine Ernst widmet ein Kapitel ihres Buches über Mediziner in der DDR dem „Aderlaß“ dieser Berufsgruppe. Ihr Ergebnis, daß viele Mediziner die DDR erst relativ spät verließen, zeigt zum einen zwar deren besondere Privilegierung, zum anderen aber auch, daß die politische Führung gegen den Drang zur Auswanderung letztlich machtlos blieb.²⁶ Die verstreuten Hinweise auf die Abwanderung von ebenfalls tendenziell privilegierten Berufsgruppen wie Hochschullehrern und Ingenieuren in den berufsbezogenen Untersuchungen von Ralph Jessen²⁷ und Dolores L. Augustine²⁸ bestätigen dies ebenso wie die Quelleditionen, die Joachim S. Hohmann²⁹ über die Flucht von Lehrern und John Connelly³⁰ über den Weggang von Wissenschaftlern herausgegeben haben. Interessante Ergebnisse fördern auch die Studien von Waldemar Krönig und Klaus-Dieter Müller zu Studenten sowie von Peter Skyba zu Jugendlichen zutage, die die Republikflucht jeweils in einem eigenen Kapitel ausführlich behandeln.³¹

Ein schon früher erschienener Aufsatz geht in gewisser Weise über diese empirischen Studien hinaus: Albert Hirschman hat seine bereits 1974 veröffentlichte, vorwiegend theoretisch angelegte Studie über Abwanderung und Widerspruch³² kurz nach 1990 auf die deutsch-deutsche Abwanderungsbewegung anzuwenden versucht, wobei er vor allem die politischen Implikationen und Folgen der Flucht behandelt.³³ Hirschman modifiziert seine These, daß die gewöhnlich stumme Abwanderung und der öffentliche Widerspruch zwei entgegengesetzte Handlungen sind, von der nur die zweite direkten Einfluß auf die Ursachen der Unzufriedenheit nimmt, und zeigt anhand der auch nach dem Mauerbau fortgesetzten Ost-West-Migration, daß die vorwiegend kritischen jungen Menschen die SED-Herrschaft durch ihren kontinuierlichen Abgang delegitimierten und unterhöhlten. Hirschmans Ansatz ist von der Forschung zur Fluchtbewegung aus der DDR breit rezipiert und seine Thesen zum Teil revidiert worden.³⁴

²⁶ Ernst, *Prophylaxe* (1997), S. 54–72. Zur Flucht von Ärzten vgl. auch den knappen Aufsatz von Meyer, *Ärzte von Deutschland nach Deutschland* (2001), der jedoch an der Oberfläche bleibt und den bisherigen Forschungsstand ignoriert.

²⁷ Jessen, *Akademische Elite* (1999).

²⁸ Augustine, *Frustrierte Technokraten* (1996).

²⁹ Hohmann, *Wenn Sie dies lesen* (1997); Hohmann, *Wie viel lieber* (1997). Hohmann, *Lehrerflucht* (2000), wurde leider erst posthum mit einer allgemeinen Einleitung und ohne wissenschaftlichen Apparat veröffentlicht, so daß der Band eher Eindrücke als Erkenntnisse vermittelt. Zur Lehrerflucht vgl. auch den knappen Aufsatz von Geißler, *Republikflucht von Lehrern* (1992), der sich allerdings auf die Jahre 1958 bis 1961 beschränkt, sowie Mietzner, *Enteignung* (1998), S. 375–403.

³⁰ Connelly, *Zur „Republikflucht“* (1994).

³¹ Vgl. Skyba, *Hoffnungsträger* (1999), S. 331–357; Krönig/Müller, *Anpassung* (1994), S. 394–428. Skyba stützt sich bei seiner Analyse v.a. auf Akten von SED und FDJ; die Arbeit von Krönig und Müller basiert im Wesentlichen auf der Auswertung von Fragebögen, die nicht nur einen guten Eindruck von der Vielfältigkeit der Motive zur Republikflucht vermitteln, sondern auch die Gründe für ein Verbleiben in der DDR sichtbar werden lassen. Zu jugendlichen Flüchtlingen vgl. auch Zilch, *„Republikflucht“ von Jugendlichen* (2002).

³² Hirschman, *Abwanderung und Widerspruch* (1974); die englischsprachige Originalausgabe erschien unter dem Titel *„Exit, Voice and Loyalty“* bereits 1970.

³³ Hirschman, *Abwanderung* (1992).

³⁴ Vgl. etwa Major, *Abwanderung* (2001); Ross, *„sonst sehe ich mich veranlaßt, auch nach dem Westen zu ziehen“* (2001); Bispinck, *Flucht- und Ausreisebewegung* (2004).

Mit dem weniger bekannten Phänomen der West-Ost-Wanderung in die DDR beschäftigt sich Andrea Schmelz in ihrer Dissertation.³⁵ Für diese Arbeit ist ihre Untersuchung insofern von Bedeutung, als sie feststellt, daß zwei Drittel derjenigen, die die Bundesrepublik in Richtung DDR verließen, Rückkehrer, d.h. ehemalige Republikflüchtlinge waren und die DDR ihrerseits versuchte, durch Abwerbung von Bundesbürgern den durch die Republikflucht entstandenen Bevölkerungsverlust auszugleichen. Der jüngst erschienene Begleitband zur neuen Dauerausstellung in der Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde faßt den aktuellen Forschungsstand für zahlreiche Aspekte des Themas – von den Fluchtmotiven über die Fluchtwege bis hin zur Integration der Flüchtlinge im Westen – zusammen.³⁶ Neue Erkenntnisse bietet er vor allem zum Notaufnahmeverfahren³⁷ sowie zur Präsenz und Aktivität des Staatssicherheitsdienstes im Aufnahmelager für die Flüchtlinge.³⁸

1.3 Fragestellung und Ansatz

Aufbauend auf dem skizzierten Forschungsstand unternimmt der vorliegende Band eine systematische Untersuchung und Dokumentation der Wechselwirkung zwischen deutsch-deutscher Fluchtbewegung und der Politik der SED zur Umgestaltung der Gesellschaft der SBZ bzw. DDR zwischen Kriegsende und Mauerbau. Die Arbeit folgt primär einem politik- und sozialgeschichtlich orientierten Ansatz. Sie fragt erstens nach den Ursachen der Flucht- und Abwanderungsbewegung, zweitens nach ihrer Wahrnehmung durch die politische Führung und die staatlichen Organe sowie drittens nach den politischen Maßnahmen, die zu ihrer Verhinderung unternommen wurden. Nur am Rande können die Wirkungen der Westabwanderung auf die Gesellschaft der DDR thematisiert werden. Ebenfalls nur gestreift wird die Frage der Absicherung der Westgrenze und der Grenzproblematik, da hierzu bereits zahlreiche Untersuchungen vorliegen.³⁹ Trotz einzelner Veröffentlichungen ist die Perspektive der von Flucht und Abwanderung betroffenen Gesellschaft noch nicht systematisch und umfassend untersucht worden. Sie wirft verschiedene Fragen auf, die sich vor allem auf die Bevölkerung, auf die DDR-Führung sowie auf die Folgen der Westflucht beziehen.

Die Geschichte von Flucht und Abwanderung aus der SBZ/DDR nahm ihren Anfang schon vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs, als zahlreiche Menschen vor der Roten Armee Richtung Westen flüchteten. Auch die ersten Monate und Jahre unter kommunistischer Herrschaft waren von großer geographischer Mobilität geprägt – ebenso wie die Zusammenbruchsgesellschaft im Westen. Eine Frage beim Blick auf die Entwicklung dieser chronischen Westwanderung richtet sich also auf den Zeitpunkt, ab dem diese als eigenständiges und bedrohliches Phänomen wahrgenommen wurde und warum dies geschah.

³⁵ Schmelz, *Migration und Politik* (2002); vgl. auch die kompakte Zusammenfassung ihrer Ergebnisse in Schmelz, *West-Ost-Migration* (2002).

³⁶ Effner/Heidemeyer, *Flucht im geteilten Deutschland* (2005).

³⁷ Kimmel, *Notaufnahmeverfahren* (2005).

³⁸ Ciesla, „Feindobjekt“ (2005).

³⁹ Baumgarten/Freitag, *Grenzen der DDR* (2005); Graefe, *Grenze durch Deutschland* (2002); Grandhagen, *Von der Grenzpolizei* (2004); Lapp/Ritter, *Grenze* (1999); Lebegern, *Mauer, Zaun und Stacheldraht* (2002); Koop, „Den Gegner vernichten“ (1996); Lapp, *Gefechtsdienst im Frieden* (1999).

Zu untersuchen ist ferner, wie SED und Regierung mit dem chronischen Aderlaß umgingen, wie sie ihn erklärten und interpretierten und welche Schritte sie dagegen unternahmen. Da die DDR-Regierung Flucht und Abwanderung vorrangig als Sicherheitsproblem betrachtete, nahmen sich vor allem die staatlichen Sicherheitsorgane des Themas an. Aber auch alle anderen Verwaltungsressorts wie Wohnungs-, Arbeits- und Gesundheitsämter sowie die verschiedenen Institutionen wirtschaftlicher Planung und Produktion waren von den unübersehbaren Folgen der massenhaften Flucht betroffen, mußten entsprechende Berichte verfassen und Aktivitäten durchführen. Ebenso wie in zahlreichen anderen Gesellschaftsbereichen muß auch hier untersucht werden, wie sich die politischen Eingriffe der Zentrale mit dem alltäglichen Handeln der verantwortlichen Organe vor Ort verweben, wie sich die Intentionen der handelnden Akteure zu den gesellschaftlichen Realitäten verhielten, inwieweit sie sich in konkreten Maßnahmen niederschlugen und welche zum Teil unbeabsichtigten Auswirkungen sich zeigten. Von besonderem Reiz ist die Frage, wie mit der Tatsache umgegangen wurde, daß die wichtigsten Ursachen für den Flüchtlingsstrom auf der Hand lagen: die diktatorische Umgestaltungspolitik mit ihrer alltäglichen Gängelung der Bevölkerung durch Staat und Partei und die im Vergleich zur Bundesrepublik wirtschaftliche Erfolglosigkeit. Da diese Gründe nicht nur offensichtlich, sondern auch systemimmanent waren, kamen wirklich effektive Schritte gegen die verbreitete Unzufriedenheit nicht in Betracht, da damit die Existenz der DDR und ihre Einbindung in den Ostblock in Frage gestellt worden wären.

Von zentraler Bedeutung für die Arbeit sind die Motive der Menschen, die die DDR in Scharen verließen. Zu fragen ist nach übergreifenden Ursachen, die die gesamte Gesellschaft betrafen, ebenso wie nach berufs- und gruppenspezifischen Fluchtgründen. Welche Rolle spielten außen- und deutschlandpolitische Entwicklungen? Wie stellte sich das Verhältnis von politischen, wirtschaftlichen und privaten Motiven dar? Lassen sich diese überhaupt voneinander abgrenzen? Eine quantitative Auswertung ist dabei kaum möglich; vielmehr geht es darum, das gesamte Spektrum der unterschiedlichen Fluchtmotive aufzuzeigen und besondere zeitliche und sektorale Schwerpunkte zu ermitteln. Darüber hinaus ist zu untersuchen, wie Staat und Partei die Motive interpretierten, zumal die meisten Quellen ohnehin nur ihre Wahrnehmung durch die Brille der staatlichen Organe widerspiegeln. Trotzdem ermöglichen die zahlreichen überlieferten offiziellen Berichte zuweilen detaillierte Einblicke in den privaten und beruflichen Alltag der Bürger der DDR. Damit liefern sie zahlreiche Informationen über die Gesellschaft einerseits und über die Grenzen und Möglichkeiten einer amtlichen Gesellschaftsanalyse in der DDR andererseits. Einen unmittelbaren Eindruck von der Motivation der Flüchtlinge vermitteln schließlich die vielen in den Akten von Volkspolizei und Staatssicherheit überlieferten Abschiedsbriefe, die zumeist nach geglückter Flucht aus dem Westen geschrieben wurden.

Der Untersuchungszeitraum erklärt sich fast von selbst. Wie so häufig in der Geschichte der DDR bedeuteten die politischen Zäsuren der sowjetischen Besetzung und kommunistischen Machtübernahme 1945 und des Mauerbaus im Sommer 1961 auch tiefgreifende soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einschnitte. Kein Aspekt der Flucht aus dem sowjetischen Herrschaftsbereich blieb davon unberührt: Vor 1945 gab es das Problem in Deutschland nicht, und nach 1961 hatten sich die Bedingungen radikal verändert, weil jede Entscheidung zum Verlassen der DDR nun drastische Konsequenzen bis hin zum Tod nach sich ziehen konnte. Nach dem Mauerbau gingen die Flüchtlingszahlen daher dramatisch zurück. Die Arbeit konzentriert sich folglich auf ein Massenphänomen mit den

entsprechenden sozialen Folgen und spart die im einzelnen spektakuläreren, gesellschaftspolitisch aber weniger bedeutsamen Fluchten nach dem Mauerbau ebenso aus wie den Bau der Mauer selbst, der bereits wiederholt im nationalen und internationalen Zusammenhang untersucht wurde.⁴⁰

Die Gliederung der Arbeit orientiert sich an den genannten Fragen: Im ersten Kapitel geht es um die Vorgeschichte der Republikflucht bis 1952. In dieser Zeit war die Abwanderungsbewegung zwar quantitativ und in ihren sozialen Auswirkungen nicht weniger bedeutsam als später, aber noch kein Thema der offiziellen Politik und der gesellschaftlichen Wahrnehmung. Im zweiten Kapitel werden die verschiedenen Maßnahmen des Regimes gegen die Fluchtbewegung im allgemeinen sowie gegen einzelne vermeintlich oder tatsächlich fluchtwillige Bürger thematisiert. Das dritte Kapitel behandelt ausführlich Ursachen, Umstände und zum Teil auch die Folgen der Republikflucht in ihrer Wahrnehmung durch die Behörden von Partei und Staat.

1.4 Begrifflichkeit

Schon zeitgenössisch war die Frage, wie die Menschen, welche die DDR in Richtung Westdeutschland verließen, korrekt zu bezeichnen sind, umstritten – sowohl in der DDR selbst als auch im Aufnahmeland Bundesrepublik.⁴¹ In der westdeutschen Diskussion der fünfziger Jahre beinhaltete der Streit um die adäquate Begrifflichkeit immer auch eine politische Komponente: Wer von „Flucht“ sprach, betonte eine durch äußere Bedrohung hervorgerufene Handlung und implizierte eine politische Motivation. Wer aus der Perspektive der Bundesrepublik allgemein von „Zuwanderung“ sprach, sah in ihr eher eine freiwillige Migration aus wirtschaftlichen, privaten oder anderen Gründen. Deutlich abwertend war der Begriff „illegale (Zonen-)Grenzgänger“ für die Flüchtlinge aus der SBZ und der DDR, der vor allem in den vierziger und frühen fünfziger Jahren öffentliche Verwendung fand.⁴² Die offizielle Bezeichnung in der Gesetzgebung, „Sowjetzonenflüchtling“, bezog sich streng genommen nur auf diejenigen, die als *politische* Flüchtlinge anerkannt waren – bis zum Mauerbau lediglich ein knappes Viertel der Zuwanderer aus der DDR.⁴³

In der DDR gab es weder für die Propaganda noch für interne Schriftstücke verbindliche sprachliche Vorgaben, wie sie etwa für die Bezeichnung der Flüchtlinge und Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten bekannt sind, die einheitlich als „Um-

⁴⁰ Für die Literatur bis 1980 vgl. die Bibliographie von Haupt, Die Berliner Mauer (1981). Vgl. auch Rühle/Holzweißig, 13. August 1961 (1981); aus Sicht der SED: Lemke, Berlinkrise (1995), S. 93–172; aus Sicht der UdSSR: Zubok/Pleshakov, Inside the Kremlin's Cold War (1996), S. 194–202, 248–258; aus Sicht von DDR und UdSSR: Harrison, Berlin-Krise (1997); Harrison, Driving the Soviets (2003). Steiner, Politische Vorstellungen (1995), widmet sich vor allem den negativen ökonomischen Folgen des Flüchtlingsstroms als Motiv für den Bau der Mauer. Ausführliche Dokumentationen zum Thema liegen vor von Otto, 13. August 1961 (1997); Bonwetsch/Filitow, Chruschtschow und der Mauerbau (2000), sowie zuletzt von Uhl/Wagner, Ulbricht, Chruschtschow und die Mauer (2003).

⁴¹ Zur Begriffsproblematik vgl. auch Bispinck, „Republikflucht“ (2003), S. 287 f.; Bispinck, Flucht- und Ausreisebewegung (2004), S. 146.

⁴² Vgl. dazu Hoffmann, Aus Illegalen werden Freiheitssucher (2003).

⁴³ Vgl. Ackermann, Der „echte“ Flüchtling (1995), S. 74; Heidemeyer, Flucht und Zuwanderung (1994), S. 45.

siedler“ bzw. ab 1950 als „ehemalige Umsiedler“ bezeichnet werden mußten.⁴⁴ Doch setzte sich im behördeninternen Diskurs wie auch in der Propaganda – nicht aber in den einschlägigen Gesetzestexten – bereits Anfang der fünfziger Jahre der Terminus „Republikflucht“ durch. Im Gegensatz zur Bundesrepublik verband sich hier mit dem Begriff „Flucht“ selbstverständlich nicht die Vorstellung, daß die betreffenden Menschen gezwungenermaßen die DDR verließen. Vielmehr war der Begriff eindeutig negativ konnotiert und wurde im Sinne von „abtrünnig werden“ verwendet. Die Flüchtenden selbst wurden daher auch nicht – wie in Westdeutschland – als Republikflüchtlinge, sondern als Republikflüchtige bezeichnet, wobei die sprachliche Nähe zu „Fahnenflüchtige“ zweifellos beabsichtigt war und eine Kriminalisierung im Sinne eines „Verrates“ an der DDR bzw. am Sozialismus beinhaltete.

Trotzdem war der Terminus „Republikflucht“ auch in der DDR nicht unumstritten: Denn „Flucht“ beinhaltet schließlich auch „das Entrinnen aus einer mißlichen Situation, das Streben nach Rettung vor der Verfolgung“⁴⁵, eine Konnotation, die selbstverständlich vermieden werden sollte. Aus diesem Grund kritisierte die Staatliche Plankommission (SPK) den Begriff „Republikflucht“ 1957 als „irreführend“: „Die Mehrheit der Bürger, die die DDR verlassen, tun das nicht deshalb, weil sie mit unserer volksdemokratischen Ordnung nicht einverstanden sind, oder weil sie aus der DDR flüchten oder flüchten müssen, sondern vor allem aus persönlichen familiären, ökonomischen und anderen Gründen. Sie flüchten nicht, sondern wandern ab.“⁴⁶ Daher trat neben den Begriff „Republikflucht“ ab Mitte der fünfziger Jahre zunehmend die Rede von „illegaler Abwanderung“ oder „illegalem Verlassen“ der DDR.

Auch in der wissenschaftlichen Literatur hat sich bisher noch keine einheitliche Terminologie für die Deutschen, die die DDR in Richtung Bundesrepublik verließen, herausgebildet. So ist von Ab- und Auswanderern, von Migranten, Flüchtlingen oder Übersiedlern die Rede. Angesichts der unterschiedlichen Bedeutungen und Konnotationen dieser Begriffe und der ganz unterschiedlichen Motive der Betroffenen kann in diesem Band keiner der genannten Begriffe unproblematisch verallgemeinernd benutzt werden. In gewisser Weise „neutral“, aber auch verunklarend, wäre der Begriff „Migration“ oder „Wanderung“, der in der Migrationsforschung übergreifend verwendet wird und ein breites Spektrum – von der Flucht bis zur Ausreise – umfaßt. In diesem allgemeinen Sinne wäre auch die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten als Migration zu verstehen, aber eben als besondere Form der *Zwangsmigration*. Nach Klaus J. Bade sind Migrationen „Antworten auf mehr oder minder komplexe ökonomische und ökologische, soziale und kulturelle, aber auch religiös-weltanschauliche, ethnische und politische Existenz- und Rahmenbedingungen.“⁴⁷ Der Massenexodus aus der DDR könnte demzufolge als vorrangig politisch und wirtschaftlich determinierte Migration bezeichnet werden. Doch erscheint eine Verwendung des Begriffes „Migration“ mit Bezug auf das Thema unangemessen, da

⁴⁴ Vgl. Schneider, Zentralverwaltung (1990), S. 242; zum Umsiedlerbegriff vgl. auch Schwartz, „Vom Umsiedler zum Staatsbürger“ (2000).

⁴⁵ Köbling, „Republikflucht“ im Spiegel der Sprache (1996), S. 245.

⁴⁶ Material für die Kommissionssitzung am 28. 2. 1957 (BArch DE 1, Nr. 6109, Bl. 1–12, hier Bl. 4). Ähnlich schon am 23. 11. 1956 in einer Sitzung der Kommission zur Republikflucht am 23. 11. 1956 (SAPMO-BArch DY 30/IV 2/13/397, Bl. 446).

⁴⁷ Bade, Historische Migrationsforschung (2002), S. 55.

er die unterschiedlichen Motive und Begleitumstände der Menschen, die die DDR verließen, nivelliert und Sachlichkeit innerhalb eines stark polarisierten Diskurses nur vortäuschen kann. Ebenso ungerechtfertigt aber wäre ein konsequenter Gebrauch des Begriffs „Flucht“, da längst nicht alle DDR-Bürger aus Gründen politischer Verfolgung in die Bundesrepublik kamen. Auch haben nicht wenige Menschen, die die DDR verließen, gerade in den frühen fünfziger Jahren noch in den „Dimensionen eines ungeteilten Landes“ gedacht⁴⁸ und ihren Weggang selbst nicht als Flucht, sondern lediglich als geographischen Arbeitsplatzwechsel bzw. Umzug verstanden.⁴⁹

Eine eindeutige Differenzierung ist oft nicht möglich, da die Übergänge zwischen Flucht und Wanderung fließend sind und, wie zu zeigen sein wird, private, wirtschaftliche und politische Motive häufig ein nicht zu entwirrendes Knäuel bilden. Auch wurden in der DDR selbst sehr private Gründe wie Familienzusammenführungen, Eheschließungen oder Fortbildungsmaßnahmen zunehmend politisch überlagert. Unbestritten ist zudem, daß die Illegalität den eigentlichen Auswanderungsvorgang – der zumeist heimlich, bei „Nacht und Nebel“ erfolgte – tatsächlich zu einer Flucht machte.⁵⁰

In dieser Studie finden daher die verschiedenen Termini wie Ab- und Auswanderer und Flüchtlinge ebenso Verwendung wie der DDR-Terminus Republikflucht, wobei versucht wird, einen der jeweils dargestellten Situation angemessenen Ausdruck zu verwenden. Als „Übersiedler“ können nur diejenigen – wenigen – Menschen bezeichnet werden, die „legal“, also mit Genehmigung der DDR-Behörden, in den Westen verzogen. Nur ein differenzierter und stets selbstkritischer Sprachgebrauch wird der komplexen historischen Situation der „Republikflucht“ aus der DDR zwischen 1949 und 1961 annähernd gerecht.

1.5 Quellenbasis

Der Darstellung liegen vorwiegend Quellen zugrunde, die von Vertretern des Regimes verfaßt oder durch sie erfaßt und gesammelt wurden. Dazu zählt in erster Linie das typische Schriftgut bürokratischer Apparate wie Briefe, Denkschriften, Aktenvermerke, Beschlußvorlagen, Staustiken und Berichte. Ergänzt wird es durch politische Verlautbarungen, durch Veröffentlichungen in den Medien sowie durch einzelne Briefe und Stellungnahmen von Flüchtlingen, die in die Hände der Polizei- oder anderer Sicherheitsorgane gerieten. Mit Ausnahme der letzteren war die Perspektive dieser Quellen nicht nur herrschaftskonform, die Dokumente sollten vielmehr sogar herrschaftsstabilisierend sein. Wie stark die politische Position der Verfasser die eigene Wahrnehmung prägte und häufig nicht mehr als holzschnittartige Schwarz-Weiß-Erkenntnisse möglich machte, wird vor allem anhand der Darstellung der Fluchtgründe thematisiert.

⁴⁸ Dazu Kößling, „Republikflucht“ im Spiegel der Sprache (1996), S. 242 f. Auch im letzten Jahr vor dem Mauerbau war das Denken in gesamtdeutschen Kategorien noch verbreitet. Vgl. die entsprechenden Zitate bei Major, Torschlußpanik (2000), S. 233 f.

⁴⁹ So war für die meisten DDR-Bürger Republikflucht auch „kein Verrat an der DDR, sondern nur ein geographischer Arbeitsplatzwechsel“ (Ideologische Probleme und Argumente unter den Angehörigen der Intelligenz, o.V., 1. 11. 1960, BStU ZA, MfS-SdM, Nr. 1228, Bl. 280).

⁵⁰ Ähnlich Major, Going West (2002), S. 202: „What marks out *Republikflucht* from other forms of internal migration, indeed, is that it was a criminalised act“.

Die Republikflucht betraf die meisten politischen und gesellschaftlichen Bereiche der DDR. Die archivalische Überlieferung zeigt aber, daß sich die meisten aktenführenden Stellen mit dem Thema vor allem im Hinblick auf Sicherheitsfragen befaßten. Die Überlieferung der wichtigsten politischen Entscheidungsgremien enthält deutlich weniger Material zu Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Alltags- oder Organisationsfragen als zu den immer wiederkehrenden Sicherheitsfragen. Bestätigung findet dies darin, daß zusammenfassende Berichte, weitergehende Analysen und politische Vorschläge vorwiegend in den entsprechenden Beständen der Partei- und Staatsbürokratie, nicht aber in den jeweiligen Fachabteilungen auftauchen. Neben den weiteren im Anhang aufgeführten Quellenbeständen wurde daher vor allem auf die Überlieferung des Innenministeriums, der Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei (HVDVP) und der Abteilung Staat und Recht beim Zentralkomitee (ZK) der SED zurückgegriffen. Die Akten von Politbüro, Sekretariat des ZK und Ministerrat enthalten ähnliche Unterlagen, die allerdings häufig bereits deutlich komprimierter waren als viele der einzelnen Vorgänge und Berichte in den nachgeordneten Behörden. Einige Stichproben in Stadt- und Landesarchiven brachten keine Unterlagen hervor, die über die im Berliner Bundesarchiv gesammelten hinausgehen, sondern bestätigten vielmehr das Bild der spätestens seit der Auflösung der Länder 1952 weitestgehend vereinheitlichten Bürokratie, deren Berliner Spitzen in zahlreichen Papieren auch über lokale Vorgänge und regionale Begebenheiten informiert wurden.

Darüber hinaus wurden auch die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in der Behörde der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU) einbezogen. Da bisher nur etwa 43 Prozent des Gesamtbestandes der BStU nach Sachgebieten erschlossen sind und die Schwerpunkte der Erschließung auf den siebziger und achtziger Jahren liegen⁵¹, ist es momentan noch nicht möglich, sich einen vollständigen Überblick über die Aktivitäten des Ministeriums für Staatssicherheit und seiner Vorläuferorganisationen hinsichtlich der Republikflucht zu verschaffen. Die eingesehenen Dokumente des MfS stützen sich auf das Zahlenmaterial der HVDVP und unterscheiden sich auch inhaltlich zum überwiegenden Teil nur graduell von der Überlieferung dieser Behörde. Hauptsächlich enthalten die MfS-Akten zahllose Berichte über Einzelfälle von Republikflucht. Konkrete Befehle oder Anweisungen für die Arbeit des Ministeriums für Staatssicherheit auf dem Gebiet der Republikflucht sind erst für die letzten Jahre vor dem Mauerbau zu finden. Interessant sind überdies die Unterlagen der Vorläuferorganisation des MfS, des Referats K-5 bei der Kriminalpolizei, anhand derer nachgewiesen werden kann, daß bereits vor Gründung der DDR versucht wurde, die Zahl der Westabgänger systematisch zu erfassen und Fluchtmotive zu ermitteln. Aufschlußreich – sowohl für die West-Arbeit des MfS als auch für die Fluchtmotive – sind schließlich die in den Stasi-Akten überlieferten umfangreichen Materialien des Notaufnahmelaagers Marienfelde in West-Berlin, die offensichtlich von inoffiziellen Mitarbeitern nach Ost-Berlin geschmuggelt wurden. Trotz der gemachten Einschränkungen sind die eingesehenen Dokumente daher eine wertvolle und wichtige Ergänzung zur übrigen Überlieferung.

⁵¹ Telefonische Auskunft von Dr. Jochen Hecht, Leiter des Archivreferats AR 1 in der BStU vom 26. 10. 2005. Die von der BStU selbst herausgegebenen Untersuchungen zur Arbeit des MfS gegen die Republikflucht konzentrieren sich daher auch auf die Entwicklung nach dem Mauerbau und streifen den davorliegenden Zeitraum nur ansatzweise. Vgl. Tantzscher, *Verlängerte Mauer* (1998); Eisenfeld, *Zentrale Koordinierungsgruppe* (1995); Eisenfeld, *Kampf gegen Flucht und Ausreise* (1999).

Eine besondere Quellengattung stellen die Statistiken dar, von denen einige ausgewählte im Dokumententeil abgedruckt werden. Entscheidend für den gesamten behandelten Zeitraum ist ein chronisches Durcheinander in den statistischen Unterlagen selbst der ranghöchsten Apparate wie der HVDVP, dem ZK der SED oder der Zentralverwaltung für Statistik. Dafür waren vor allem zwei strukturelle Ursachen verantwortlich: Zum einen das Verwaltungspersonal der DDR, das häufig erst seit 1945 in der Bürokratie beschäftigt war und nur über mangelhafte administrative Fähigkeiten verfügte, und zum anderen das Problem, daß viele Wegzüge, wenn überhaupt, verspätet gemeldet wurden, so daß die Ämter sie zum Beispiel erst im Zuge von Aktionen zur „Kartei- und Aktenbereinigung“ Wochen oder Monate danach bemerkten. Fast alle Dokumente über die Republikflucht klagen bis in die Wochen vor dem Mauerbau über das unzuverlässige statistische Berichtswesen.⁵² Dieser Zustand führte zuweilen zu starken Verstimmungen, wie etwa an der drastischen Kritik Otto Grotewohls am Meldewesen der DDR abzulesen ist.⁵³ Trotz zahlreicher Mahnungen, die Statistiken „sauber und ohne Differenzen“ zu führen,⁵⁴ trat keine grundlegende Besserung ein. Dennoch erklärte die HVDVP einige ihrer Zahlenreihen für verbindlich und leitete sie trotz des Wissens um deren Ungenauigkeit an die politischen Organe in Ost-Berlin weiter. Die Abweichungen zu den im Westen erhobenen Zahlen⁵⁵ sind nicht gravierend, zudem spiegeln sie das Auf und Ab der Fluchtbewegung fast identisch wider. Auch wurden einzelne Statistiken nur in seltenen Fällen zur Grundlage von politischen Entscheidungen gemacht und blieben daher stets von nachgeordneter Bedeutung.

Nicht eingesehen wurden die Unterlagen der Zentralen Erfassungsstelle für DDR-Unrecht in Salzgitter, da diese erst nach dem Mauerbau, am 24. November 1961 ihre Arbeit aufnahm. Nach Auskunft der bei der niedersächsischen Landesjustizverwaltung in Braunschweig angesiedelten Nachfolgebehörde wurden nur sehr vereinzelt Straftaten an der Grenze aus der Zeit vor dem Mauerbau nachträglich von der Erfassungsstelle registriert. Diese bereits dokumentierten Fälle werden in die Darstellung einbezogen.⁵⁶

⁵² Vgl. z.B. Schreiben Marons an die SKK (Chrenow) über die „Differenzen zwischen den Wanderungsstatistiken des I. Quartals 1952 des Statistischen Dienstes und den statistischen Unterlagen der Deutschen Volkspolizei“, die sich auf immerhin 8 397 Personen beliefen (BArch DO 1/11, Nr. 961, Bl. 114–120); Kritik des Leiters der Abteilung für Bevölkerungspolitik im MfL, Fritzsche, an den „mehr oder weniger ungenau[en]“ Zahlen über Republikflucht und Rückkehrer am 9. 4. 1953 (BArch DO 1/34, Nr. 11780). Einen Eindruck vom statistischen Chaos vermag auch die Tatsache zu vermitteln, daß sogar innerhalb überschaubarer Verwaltungseinheiten (128 Republikfluchten im Kreis Waren im November 1953 waren der HA PM nicht gemeldet worden [BArch DO 1/11, Nr. 962, Bl. 176]) und selbst bei *legalen* Verzügen (27. 9. 1958, BArch DO 1/11, Nr. 965, Bl. 75) differierende Angaben vorlagen.

⁵³ Grotewohl am 9. 10. 1954 an Innenminister Stoph, der die Kritik umgehend an den Generalinspekteur der VP, Maron, weiterleitete (BArch DO 1/11, Nr. 962, Bl. 212 ff.).

⁵⁴ BArch DO 1/11, Nr. 962, Bl. 16.

⁵⁵ Zu den mit den verschiedenen westlichen Statistiken verbundenen Problemen vgl. Engel, Nachweis der Vertriebenen (1980); Heidemeyer, Flucht und Zuwanderung (1994), S. 37–48; Effner/Heidemeyer, Flucht in Zahlen (2005).

⁵⁶ Grundlage sind folgende Publikationen: Sauer/Plumeyer, Zentrale Erfassungsstelle (1993); Filmer/Schwan, Opfer der Mauer (1991); Koop, „Den Gegner vernichten“ (1996).

2. Die unbeachtete Auswanderung: Vom siegessicheren Desinteresse zur Durchsetzung der neuen Staatlichkeit (1945–1952)

Mit Beginn des Zweiten Weltkriegs wurde Europa für mehr als ein Jahrzehnt zu einem Kontinent der Völkerwanderungen. Zu deren wichtigsten Gruppen gehörten die Verfolgten und Deportierten der deutschen Kriegs- und Vernichtungspolitik, die Opfer der bis nach Sibirien ausgedehnten Umsiedlungen in der Sowjetunion, die deutschen Kolonisatoren in den besetzten Gebieten Osteuropas, die wegen der Bombenangriffe evakuierte Stadtbevölkerung, die Displaced Persons, die zum Teil nicht in ihre sowjetisch besetzte Heimat in Osteuropa zurückkehren wollten, sowie die Flüchtlinge und Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten.¹

In den folgenden Jahrzehnten setzten sich die Bevölkerungsbewegungen in weniger dramatischer Form fort: etwa in der freiwilligen Auswanderung aus Deutschland ins west- und teilweise auch außereuropäische Ausland,² im Weggang vieler Menschen aus den sowjetisch besetzten Ländern und im Zuzug zahlreicher Arbeitsmigranten aus zumeist landwirtschaftlich geprägten Zonen Südeuropas und aus ehemaligen Kolonien in die neuen Wohlstandsgesellschaften Westeuropas. Auch der Weggang von mehreren Millionen Menschen aus der SBZ und DDR in die Bundesrepublik Deutschland gehört zu diesem fortgesetzten Vertreibungs-, Flucht- und Wanderungsgeschehen, das die betroffenen Gesellschaften zwar weniger brutal als in den dreißiger und vierziger Jahren, nichtsdestotrotz aber ebenfalls entscheidend veränderte.

Wann Flucht und Auswanderung aus der SBZ/DDR begannen, ist angesichts ihrer kriegsbedingten Vorgeschichte und der fließenden Übergänge zwischen den verschiedenen Migrationsbewegungen nicht eindeutig zu bestimmen. So kann schon die hektische Flucht vieler Deutscher vor der Roten Armee im Frühjahr 1945 dazu gezählt werden, zu einem Zeitpunkt also, als die SBZ noch gar nicht existierte.³ Allerdings wurde der Wohnsitzwechsel

¹ Eine Reihe von Überblicksdarstellungen zum Thema hat Klaus J. Bade verfaßt und herausgegeben: Bade, *Auswanderer* (1984); Bade, *Deutsche im Ausland* (1993); Bade, *Homo Migrans* (1994); Bade, *Vom Auswanderungsland zum Einwanderungsland* (1983); Bade, *Europa in Bewegung* (2002).

² Vgl. dazu Steinert, *Migration und Politik* (1995), besonders S. 22–124, der allerdings nur die Auswanderung aus Westdeutschland berücksichtigt.

³ Zahlreiche NS-Belastete flohen schon vor dem sowjetischen Einmarsch 1945 in den Westen, weil sie dort eine mildere Behandlung erwarteten als unter der sowjetischen Besatzungsmacht. So waren beispielsweise vom vor Kriegsende 162 Personen umfassenden Lehrkörper der Universität Greifswald bei Beginn der Entnazifizierung schon 78 nicht mehr vor Ort, von denen „der weitaus größte Teil“ in die westlichen Besatzungszonen geflüchtet bzw. vom Wehrmachtseinsatz nicht zurückgekehrt war (vgl. Schönrock, *Universität Greifswald* [1981], S. 61); ähnlich sah es an der Universität Rostock aus, wo von 124 Lehrenden bei Kriegsende 67 nicht mehr vor Ort waren, von denen ein „großer Teil“ in den Westen geflohen war; die übrigen befanden sich noch in Kriegsgefangenschaft oder waren umgekommen (zusammengestellt nach den Angaben bei Hoffmann, *Hochschulreform Universität Rostock* [1965], S. 172 ff. und Hoffmann, *Neueröffnung der Universität Rostock* [1964], S. 177–124, 189 ff.). Außerdem nahmen US-Amerikaner und Briten ausgewählte Fachleute mit in den Westen, als sie die von ihnen befreiten Gebiete Mecklenburgs, Sachsens und Thüringens Anfang Juli 1945 gegen die Westsektoren Berlins tauschten. Vgl. dazu Henke, *Amerikanische Besetzung* (1995), S. 742–776; Feige, *Vor dem Abzug* (1991), S. 1303; Büchner/Freundlich, *Zur Situation* (1972), S. 1003 f.; Krönig/Müller, *Anpassung* (1994), S. 395.

zwischen den Westzonen und der SBZ/DDR bis 1952 von der DDR-Führung häufig als Folge des Krieges oder als normale nationale Binnenmigration wenig beachtet und noch nicht zu einem entscheidenden Phänomen gesellschaftlicher Veränderung gezählt. Erst danach nahm das Interesse an der massenhaften Auswanderung langsam zu und entwickelte sich zu einem eigenständigen politischen Thema, weshalb die Gründung des ostdeutschen Staates im Oktober 1949 hier auch keinen Einschnitt markiert. Die Zäsur des Jahres 1952 bezieht sich daher weniger auf die Abwanderung selbst, als auf ihre politische Wahrnehmung. Darum werden die sieben ersten Nachkriegsjahre im folgenden als Vor- bzw. Frühgeschichte der Republikflucht beschrieben, wobei das Augenmerk stärker auf die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Reaktionen als auf die Grenzüberschritte selbst gerichtet ist.

2.1 Vertreibung und Abschottung vom Westen

Die Wahrnehmung von Flucht und Auswanderung durch die Kommunisten war in den ersten Jahren seit 1945 vor allem von deren Interesse an einer politisch loyalen Bevölkerung geprägt. Die Einsicht, daß der Neuaufbau der Nachkriegsgesellschaft die Mitarbeit von zahlreichen fachlich geschulten Personen voraussetzte, war dagegen bei fast allen politischen Verantwortungsträgern unterentwickelt. Durch diese vorwiegend politisch motivierte Haltung erlebten die meisten Mitglieder der bisherigen akademischen, administrativen und wirtschaftlichen Eliten – abgesehen von Ausnahmen vor allem im Bereich der Medizin und der wissenschaftlichen Spitzenforschung – eine unfreundliche, häufig sogar gewalttätige Behandlung durch die neuen politischen Verantwortungsträger. Da sie in erster Linie als ‚Restbestände‘ der dem Untergang geweihten kapitalistischen Gesellschaft angesehen wurden, verloren viele Ingenieure, Verwaltungsfachleute, Professoren und Lehrer ihre berufliche Stellung und fanden sich infolge der ‚antifaschistisch-demokratischen Umwälzung‘ in Internierungslagern, Gefängnissen, untergeordneten beruflichen Stellungen oder – wenn sie Glück hatten – im Westen wieder.

Die Schritte der regierenden Kommunisten gegen die alten Eliten und Fachleute waren uneinheitlich, was mit den anfangs häufig bloß lokal koordinierten und vor Ort radikalisierten Maßnahmen der ‚antifaschistisch-demokratischen Umwälzung‘ zusammenhing. Einige dieser Kampagnen und Programme sind politisch und juristisch eindeutig bestimmbar: Dazu zählen in erster Linie die Entnazifizierung, die Bodenreform, die Sequestrirungen sowie die Veränderungen im Justiz- und Schulbereich. Sie setzten schon im Sommer und Herbst 1945 ein und bewirkten die erste und tiefgreifendste Veränderung der Gesellschaft der SBZ. Im Zuge der Bodenreform wurden unter der Parole „Junkerland in Bauernhand“ etwa 10 000 Grundbesitzer enteignet,⁴ von denen viele die SBZ mit ihren Familien verließen⁵; im Justizbereich wurden etwa 80 Prozent der Richter und

⁴ Nach Angaben von Dölling, Wende (1950), S. 103 ff., waren bereits in den ersten Monaten der Bodenreform 10 715 „Junker, Naziführer und Kriegsverbrecher“ enteignet worden; aus der Tabelle bei Bell, Enteignungen (1992), S. 82 ergibt sich eine Zahl von 9 721 enteigneten Privatbetrieben bis zum 1. 10. 1946 und von 11 517 bis zum Abschluß der Bodenreform (1. 1. 1950).

⁵ Vgl. Murken, Bodenreform (1999), S. 7. Im Kreis Osterburg (Sachsen-Anhalt) waren beispielsweise im April 1946 116 der 159 Enteigneten mit unbekanntem Aufenthalt verschwunden; sie hatten sich vermutlich größtenteils in die Westzonen abgesetzt. Vgl. Stöckigt, Kampf (1990), S. 198.

Staatsanwälte entlassen⁶ und die über mehrere Jahre in verschiedenen Schritten durchgeführte Entnazifizierung führte zu Hunderttausenden von Entlassungen und beruflichen Degradierungen.⁷ Der Weg in den Westen war eine Möglichkeit, sich den Maßnahmen der deutschen Kommunisten und sowjetischen Besatzungsmacht zu entziehen, die im Vergleich mit denen der westlichen Besatzungsmächte als besonders einseitig und rigoros empfunden wurden.

Die neuen Machthaber in der SBZ degradierten, entließen und enteigneten einige Personengruppen nicht nur, sondern vertrieben sie sogar bewußt. Besonders krasse Beispiele sind über den Umgang mit Großgrundbesitzern bekannt, die im Herbst 1945 nicht nur ihre Gutshäuser, sondern sogar ihre heimatlichen Landkreise innerhalb von wenigen Stunden verlassen mußten und in abgelegenen Regionen in Sammelunterkünfte verbracht wurden.⁸ Quantitativ bedeutender waren indes die personellen Verluste, die die SBZ als ‚Nebenwirkung‘ der rigorosen Politik gegen die alten Eliten und gegen mögliche Gegner der KPD/SED erlitt. So floh 1947 beispielsweise der seit 1919 in der SPD organisierte Leiter des Rostocker Wohnungsamtes, dem die politische Polizei (K-5) im Zuge von SED-internen Auseinandersetzungen ein fadenscheiniges Entnazifizierungsverfahren anhängen wollte.⁹ Berichte über die Entlassenen der sowjetischen Internierungslager¹⁰ oder über die 1950 eingeführte Meldepflicht für Zeugen Jehovas¹¹ zeigen, wie Staatsorgane auch andere Personengruppen indirekt zum Verlassen der SBZ/DDR bewegten. Solche Fluchten vor Repressionsmaßnahmen oder -drohungen bedauerten die Kommunisten nicht als Verluste, sondern interpretierten sie als Bestätigung ihrer zuvor gehegten Verdachtsmomente.¹²

Beispielhaft für die durch die Westwanderung mitverursachte ‚Zäsur am Anfang‘ ist die Nachkriegsgeschichte der Universitäten: Von den Professoren und Dozenten der letzten Kriegsmonate in Rostock, Greifswald, Berlin, Halle, Leipzig und Jena befanden sich nur zwei Jahre später – durch Kriegsgefangenschaft, Tod, Entnazifizierung, Zwangsdeportation oder eben durch Westflucht – bereits 83 Prozent nicht mehr auf ihren Plätzen.¹³ Dieser forcierte Personalaustausch beschränkte sich keineswegs auf die Ausschaltung von NS-Belasteten. Die Entnazifizierung wurde vielmehr in recht willkürlicher Form auch gegen vermeintliche Widersacher von Besatzungsmacht und KPD/SED genutzt und bruchlos in andere Formen der politischen ‚Säuberung‘ überführt.¹⁴

⁶ Vgl. Wentker, Justiz (2001), S. 103–118; Wentker, Volksrichter (1997), S. 9 f. Vgl. auch die landesgeschichtlichen Studien zur Justiz in der SBZ: Weber, Justiz und Diktatur (2000) (zu Thüringen); Pohl, Justiz in Brandenburg (2001); Bartusel, Transformation (2000) (zu Mecklenburg-Vorpommern).

⁷ Die Anzahl der von den verschiedenen Stufen und Maßnahmen der Entnazifizierung betroffenen Personen läßt sich nicht seriös quantifizieren (van Melis, Entnazifizierung [1999], S. 83 f.).

⁸ Vgl. Murken, Bodenreform (1999), S. 7; Buchsteiner, Bodenreform (1997), S. 18.

⁹ Van Melis, Entnazifizierung (1999), S. 260.

¹⁰ Bericht vom 27. 7. 1950 an die SKK, BArch DO 1/11, Nr. 960, Bl. 22–25.

¹¹ HVDVP HA VA am 2. 10. 1950, BArch DO 1/11, Nr. 960, Bl. 30; zur Auswanderung der Zeugen Jehovas infolge staatlicher Repression siehe auch BArch DO 1/11, Nr. 965, Bl. 7.

¹² Beispielhaft dafür sind die Reaktionen auf die Westflucht des LDPD-Fraktionsvorsitzenden im mecklenburgischen Landtag Paul Friedrich Scheffler 1948 und des mecklenburgischen Wirtschaftsministers Siegfried Witte 1950 (LAS, Ministerpräsident 1945–1952, 286; LAS, Generalstaatsanwaltschaft, 654).

¹³ Jessen, Akademische Elite (1999), S. 261, 264.

¹⁴ Van Melis, Entnazifizierung (1999); Jessen, Akademische Elite (1999), S. 261–285; Kowalczyk, Volkerhebung (1995), S. 135–141.

Die Geschichte der Entnazifizierung zeigt, daß die Kommunisten aber recht schnell begriffen, daß auch ihre neue Gesellschaft auf die Fachleute der vorangegangenen Zeit angewiesen blieb. Noch in den vierziger Jahren führte dies zuweilen zu einer durchaus integrativen Politik gegenüber NS-belasteten Spezialisten, sofern diese sich den neuen Machtverhältnissen anpaßten.¹⁵ Die Vorstellung von einer Gefahr, die der neuen Gesellschaft durch die alten Eliten drohte, blieb aber stets bestehen, so daß die Westflucht noch jahrelang als indirekte Lösung von politischen Differenzen akzeptiert wurde, die der DDR mehr nutze als schade: So wies die Hauptabteilung Paß- und Meldewesen (PM) der HVDVP, die für die Ab- und Zuwanderung zuständig war und in den folgenden Jahren eine der wichtigsten Behörden im Kampf gegen die Republikflucht werden sollte, die Landespolizeibehörden im August 1952 an, jede Übersiedlung nach Westdeutschland zu genehmigen, „wenn der DDR ein Vorteil daraus entsteht.“¹⁶

Der Weg in den Westen ermöglichte somit beiden Seiten eine weitgehend reibungslose Lösung von politischen Konflikten: SED und Staatsapparat konnten auf den Einsatz von Repressionsmaßnahmen verzichten und die Geflüchteten erhielten innerhalb des eigenen Landes die Möglichkeit eines privaten und beruflichen Neuanfangs.

Die politische Elite der DDR nahm die Abwanderung nach Westdeutschland in den vierziger Jahren nicht systematisch wahr, sondern thematisierte sie höchstens im Kontext der beschriebenen sozialen Umwälzungen. Dieses Desinteresse änderte sich Anfang der fünfziger Jahre graduell, weil die Sowjetische Kontrollkommission (SKK) seit der Staatsgründung im Herbst 1949 Teile des Grenzregimes, des Interzonenverkehrs und des Einwohnermeldesystems in die Verantwortung der DDR-Behörden übergab. In diesem Zusammenhang finden sich in deren Schriftgut wiederholt Stellungnahmen zum grenzüberschreitenden Verkehr, die allerdings nur selten die Flucht und Auswanderung aus der DDR betreffen, sondern fast immer die Zuwanderung in die DDR.

Die einzige staatliche Institution, für die eine systematische Erfassung der Westabwanderer schon vor der Staatsgründung nachgewiesen werden kann, ist das Referat bzw. die Abteilung K-5, der politische Zweig der Kriminalpolizei und Vorläufer des MfS.¹⁷ Am 16. Oktober 1947 erging an die Landeskriminalämter die Anweisung, „alle aus der Ostzone nach dem Westen geflüchteten Personen statistisch, namentlich, sowie mit kurzer Angabe des Fluchtgrundes der Deutschen Verwaltung des Innern (DVdI) zu melden.“¹⁸ Die Unterlagen sollten dem Referat K-5 der Volkspolizei zugestellt werden; als Auftraggeber

¹⁵ Viele NS-belastete Fachleute, die nicht durch schnelle Aus- oder Weiterbildungskurse ersetzt werden konnten, wurden schon bald nachsichtiger behandelt, weil die Entnazifizierung sie nicht in den Westen treiben sollte. So wurde ein NS-belasteter Zoologe aufgrund seines „indifferent[en]“ Verhaltens nach Kriegsende zunächst nicht wieder in seine Position eingesetzt. Als er Anfang 1949 jedoch einen Ruf nach Stuttgart erhielt, bewilligte das Volksbildungsministerium seine Reaktivierung, da „die Gefahr bestand, einen hervorragenden Gelehrten für die Ostzone zu verlieren.“ (Jessen, Akademische Elite [1999], S. 303 f.) Die „korrekte“ Mischung zwischen dem vor allem ideologisch und machtpolitisch motivierten Rigorismus und den gesellschaftspolitischen Rücksichtnahmen lag zumeist im Ermessensspielraum der einzelnen Entscheidungsträger. Vgl. dazu auch Ernst, Prophylaxe (1997), S. 143–206; van Melis, Antifaschismus (2001).

¹⁶ Bericht von Fischer, Leiter der HA PM 1, vom 18. 12. 1952 über ein Gespräch mit dem ehemaligen Leiter der HA PM, Lust, in dem er auch das Einverständnis der SKK erwähnt (BArch DO 1/11, Nr. 961, Bl. 211 f.).

¹⁷ Vgl. dazu Gieseke, Mielke-Konzern (2001), S. 37–45; Gieseke, Hauptamtliche Mitarbeiter (2000), S. 55–59; Tantzsch, Gründung (1998), S. 48–52; Naimark, Russians (1995), S. 360–364.

¹⁸ Dies geht hervor aus einem Dokument vom 9. 3. 1948 (o.V.), vgl. Dok. 12. Die Anweisung selbst ist in der Akte nicht zu finden.

werden die Sowjetische Militäradministration (SMAD) und Erich Mielke, damals Vizepräsident der DVdI, genannt. Aus den von den Ländern eingesandten Listen – lediglich die Landeskriminalämter von Thüringen und Mecklenburg hatten bis zum 9. März 1948 vollständige Berichte abgeliefert – geht hervor, daß neben den Ost-West-Flüchtlingsen auch die Zuwanderer aus den Westzonen¹⁹ sowie die – in den zeitweilig englisch oder US-amerikanisch besetzten Gebieten – „durch die [westlichen] Besatzungsbehörden verhafteten Personen“²⁰ erfaßt werden sollten. Bei der Ursachenforschung tappten die kriminalpolizeilichen Ermittler allerdings noch weitgehend im Dunkeln: In einer graphischen Darstellung der Flüchtlinge aus Mecklenburg sind die Fluchtgründe in 5 589 von 7 166 Fällen (78 Prozent) „unbekannt“.²¹ In anderen Erhebungen ist der Anteil der mit „unbekannt“ angegebenen Fluchtgründe zwar deutlich geringer (25–35 Prozent), jedoch werden vielfach sehr unspezifische Gründe wie „Berufswechsel“, „Stellungswechsel“, „Student“, „zur Heimat zurück“ und „Wohnungswechsel“ genannt.²² Der hohe Anteil unbekannter Fluchtgründe wurde denn auch von den Auftraggebern beklagt und als Ursachen „die uneinheitliche Berichterstattung der einzelnen Kriminalämter“ sowie die mangelnde Ermittlungstätigkeit einzelner Polizeidienststellen angeführt.²³ An spezifischeren Fluchtmotiven werden vereinzelt die in späteren Jahren stereotyp verwendeten Erklärungsmuster wie Anwerbung zur Fremdenlegion,²⁴ Abwerbung durch die westlichen Besatzungsmächte zwecks Arbeitseinsatz²⁵ oder kriminelle Delikte²⁶ genannt. Auffällig ist der relativ hohe Anteil derjenigen Fälle (25 bis über 50 Prozent), in denen als Fluchtmotiv Zugehörigkeit zur NSDAP, zu anderen NS-Organisationen oder „Kriegsverbrecher“ angegeben ist. Diese Ursachen wurden zumeist mit „politischen Gründen“ gleichgesetzt bzw. unter dieser Kategorie zusammengefaßt.²⁷ Dies und die zeitliche Nähe der DVdI-Anweisung zum Befehl Nr. 201 der SMAD vom 16. August 1947 läßt darauf schließen, daß der Auftrag zur Erfassung der Flüchtlinge mit dem forcierten Abschluß der Entnazifizierung und ihrer Über-

¹⁹ Vgl. z.B. MdI Mecklenburg, Landespolizeibehörde, Chef der Polizei Jonas an DVdI, 2. 5. 1948: „Statistische und namentliche Erfassung der vom Osten nach dem Westen und umgekehrt geflüchteten Personen“ (BStU ZA, MfS-AS, Nr. 224/66, Bd. II, Bl. 66).

²⁰ Land Thüringen, Kriminalpolizeidienststelle Zella-Mehlis an Kriminalamt Gotha, 24. 3. 1948 (BStU ZA, MfS-AS, Nr. 224/66, Bd. II, Bl. 63); vgl. auch Land Thüringen, Kriminalpolizei Zella-Mehlis an Kriminalamt Gotha, 12. 3. 1948: „Aufstellung über alle in die Westzonen geflüchteten, bzw. durch die Besatzungsmacht verhafteten Personen“ (ebd., Bl. 1 f.).

²¹ „Abwanderung nach der Westzone seit 1945: Mecklenburg“, o.D., o.V., BStU ZA, MfS-AS, Nr. 224/66, Bd. II, Bl. 331.

²² Zitate aus: tabellarische Aufstellung, o.D., o.V. (BStU ZA, MfS-AS, Nr. 224/66, Bd. II, Bl. 63 f.); 7. Polizeirevier Magdeburg, Meldebüro, 5. 5. 1948: „statistische Namenerfassung der vom Osten nach dem Westen geflüchteten Personen“ (ebd., Bl. 88–105); Polizeiamt Greifswald, Verwaltungspolizei, Oberkommissar von Zeddelmann an MdI Mecklenburg, Landespolizeibehörde, 27. 4. 1948: „Namentliche und statistische Erfassung der vom Westen nach dem Osten u. umgekehrt geflüchteten Personen“ (ebd., Bl. 68 f.); vgl. auch die zahlreichen weiteren namentlichen Listen in derselben Akte sowie in BStU ZA, MfS-AS, Nr. 236/66.

²³ Dok. 12.

²⁴ Vgl. z.B. „Statistische Erfassung der aus der Ostzone nach dem Westen geflüchteten Personen“, o.V., 7. 4. 1948 (BStU ZA, MfS-AS, Nr. 224/66, Bd. II, Bl. 321).

²⁵ Vgl. z.B. Dok. 12.

²⁶ Vgl. z.B. BStU ZA, MfS-AS, Nr. 224/66, Bd. II, Bl. 100, 104, 323, 326.

²⁷ Vgl. z.B. „Statistische Erfassung der aus dem LKA Bereich Thüringen seit 1945 nach der Westzone geflüchteten Personen (Stichtag 15. 3. 48)“, o.V., o.D. (BStU ZA, MfS-AS, Nr. 224/66, Bd. II, Bl. 323 f.); „Statistische Erfassung der aus dem LKA – Bereich Mecklenburg seit 1945 nach der Westzone geflüchteten Personen“ (ebd., Bl. 325 f.).

tragung an die deutschen Behörden in einem Zusammenhang steht. In dem SMAD-Befehl wurde u. a. angeordnet, die „Kriegsverbrecher, Mitglieder der verbrecherischen Naziorganisationen und führenden Persönlichkeiten des Hitlerregimes zur gerichtlichen Verantwortung“ zu ziehen.²⁸ Mit der Durchsetzung des Befehls wurde Mielke betraut; er setzte dazu das Referat K-5 der Kriminalpolizei ein, das im Zuge dieses Auftrags systematisch ausgebaut wurde.²⁹ Hauptziel der Erfassung der Flüchtlinge war demnach, einen Überblick über die bereits geflüchteten bzw. von den westlichen Besatzungsmächten verhafteten Kriegsverbrecher und NS-Parteigrößen zu gewinnen und aus diesen Erhebungen Maßnahmen abzuleiten, um der Flucht weiterer NS-belasteter Personen durch Verhaftung zuvorkommen zu können. Dafür spricht auch ein Dokument aus der DVdI vom Januar 1948, in dem der spätere Stasi-Chef anordnete, „Hauptverbrecher“ bei Fluchtverdacht sofort und ohne richterlichen Haftbefehl festzunehmen.³⁰

SED und Besatzungsmacht tolerierten die Abwanderung nicht nur wegen der Möglichkeit politischer Konfliktvermeidung. Bis Anfang der fünfziger Jahre spielten die sozialen Probleme der Zusammenbruchsgesellschaft bei der Beurteilung der Abwanderungsbewegung eine mindestens ebenso wichtige Rolle. Die Bevölkerung der SBZ/DDR litt – ebenso wie die der westlichen Zonen – in fast allen Lebensbereichen Mangel. Jede Person, die die SBZ verließ, bedeutete daher – zumindest statistisch betrachtet – eine Entspannung der Versorgungslage. Vor allem fehlten Nahrungsmittel, Wohnungen und Arbeitsplätze. Diese Mangelsituation war einer der Hauptgründe, warum Zuwanderer – egal ob aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten oder aus den Westzonen – nicht sonderlich beliebt waren. Anders als nur wenige Jahre später, als sich beide deutsche Staaten über fast jeden Zuwanderer freuten, weil er die Überlegenheit des eigenen Systems und damit die je eigene Interpretation der Magnettheorie bestätigte, überwogen bis etwa Anfang 1953 die ablehnenden Töne: Jeder neue Bürger war ein zusätzlicher Esser, beanspruchte einen Teil des knappen Wohnraums und trat als zusätzlicher Konkurrent auf dem Arbeitsmarkt auf. Nur aufgrund dieser sozialen Problemlagen erklären sich die skeptische Frage des mecklenburgischen Innenministers Bick im August 1950, ob Westdeutsche von den Arbeitsämtern vermittelt werden dürften,³¹ die Entscheidung der DDR-Regierung vom Januar 1950, „Umsiedler“ aus Polen bei Wunsch direkt in die Bundesrepublik weiterzuleiten,³² die sofortige Ausweisung von illegal Eingereisten und die Klage der Volkspolizei über Presseberichte, durch die sich Westdeutsche angeblich in die DDR eingeladen fühlten.³³ Dieses Verhalten den Zuwanderern aus Westdeutschland gegenüber korrespondierte mit der anfänglich ebenfalls skeptischen bis ablehnenden Haltung in den westlichen Besatzungszonen und der Bundesrepublik gegenüber den Flüchtlingen aus der SBZ/DDR.³⁴ Denn

²⁸ Der Befehl ist abgedruckt bei Rößler, *Entnazifizierungspolitik* (1994), S. 147–152, Zitat S. 148.

²⁹ Zu diesen Vorgängen vgl. Otto, Erich Mielke (2000), S. 99–107; Tantzsch, *Gründung* (1998), S. 48 ff.

³⁰ Das Dokument ist abgedruckt bei Otto, Erich Mielke (2000), S. 105.

³¹ MdI Mecklenburg, Bick, am 3. 8. 1950 an das MdI der DDR (BArch DO 1/11, Nr. 960, Bl. 26).

³² Staatssekretär des MdI Warnke am 9. 1. 1950 an Chef der HVDVP, BArch DO 1/11, Nr. 960, Bl. 3.

³³ HA PM am 10. 4. 1951 (BArch DO 1/11, Nr. 960, Bl. 42 ff.); vgl. auch Maron am 12. 5. 1951 an Ulbricht über die unerwünschte Einwanderung aus dem Westen (BArch DO 1/11, Nr. 960, Bl. 46 ff.).

³⁴ Aus der US-amerikanischen Besatzungszone wurden in den vierziger Jahren sogar Tausende aus der SBZ Zugewanderte wieder abgeschoben; nach US-amerikanischen Angaben belief sich die Zahl der zurückgeführten Flüchtlinge allein für den Monat Juni 1947 auf 40 302. Vgl. Heidemeyer, *Flucht und Zuwanderung* (1994), S. 78 f.

auch im Westen wurden die Zuwanderer bis Anfang der fünfziger Jahre in erster Linie als soziale Belastung wahrgenommen, zumal bis 1950 vor allem ökonomisch „inaktive[] Bevölkerungsteile[]“, also Frauen, Kinder und Rentner zuwanderten.³⁵ Der Bundesminister für Vertriebene Hans Lukaschek appellierte im Januar 1950 an die Bevölkerung der DDR: „Bitte, kommt nicht ohne dringende Not hierher“,³⁶ der West-Berliner Sender RIAS wurde kritisiert, weil er zum Verlassen der DDR verleite,³⁷ und noch im Februar 1953 bezeichnete der Chefkomentator des Bayerischen Rundfunks, Walter von Cube, die Aufnahme der Flüchtlinge als einen „Akt selbstmörderischer Humanität“ und forderte die formelle Anerkennung der DDR.³⁸

Diese reservierte Haltung gegenüber westdeutschen Zuwanderern steht im Kontrast zu den Werbekampagnen, mit denen die DDR später versuchte, westliche Arbeitskräfte zur Übersiedlung zu gewinnen. Selbst Mediziner, an die sich ein Großteil dieser Kampagnen richtete, sahen sich in den ersten Jahren nach der Staatsgründung zahlreichen Schikanen und Hindernissen ausgesetzt, die ihnen den Zuzug erschwerten,³⁹ obwohl im Gesundheits- und im Innenministerium keine Illusionen über den „katastrophalen Ärztemangel“ in der DDR herrschten.⁴⁰ Beispielhaft dafür sind Berichte über eine Kieler Ärztin und einen Bonner Arzt: Obwohl sie schon einige Zeit in Wittenberge bzw. in Weimar im Krankenhaus arbeiteten, verweigerten ihnen die Polizei- und Meldebehörden noch immer die Ausstellung ihrer DDR-Personalausweise, ihrer endgültigen Arbeitserlaubnis und – im Fall des Arztes – auch die Zuzugsgenehmigung für seine Familie. Die Tatsache, daß sich der Fall der Ärztin nach einem Beschwerdebrief ihres Chefarztes an die HVDVP schnell lösen ließ, spricht dafür, daß den vorhergegangenen Verzögerungen keine ernsthaften politischen Motive zugrundelagen, sondern eher ein mit antiwestlichen Vorbehalten gepaartes Desinteresse.⁴¹

Die Beispiele aus dem medizinischen Bereich zeigen, daß es Anfang der fünfziger Jahre noch relativ selbstverständlich war, daß auch junge und hoch qualifizierte Menschen aus dem Westen in die DDR kamen,⁴² wohingegen später vielfach bloß vormals Geflohene in die DDR zurückkehrten. Ohne nach Berufsgruppen zu differenzieren, zählte die HVDVP

³⁵ Storbeck, *Flucht oder Wanderung* (1963), S. 165.

³⁶ Zitiert nach Ackermann, *Der „echte“ Flüchtling* (1995), S. 97.

³⁷ Vgl. ebd., S. 103.

³⁸ Zitiert nach Birkenfeld u.a., *Sprung in die Freiheit* (1953), S. 7.

³⁹ Im Innenministerium der DDR existierte eine eigene Kommission, die über die Arbeitszulassung von westdeutschen Ärzten entschied (BArch DO 1/11, Nr. 960, Bl. 33); die wenig einladenden Richtlinien, anhand derer entschieden wurde, sowie die personelle Zusammensetzung der Kommission in: BArch DO 1/11, Nr. 960, Bl. 37, 60 ff.

⁴⁰ Rübelen am 31. 3. 1952 an Maron (BArch DO 1/11, Nr. 961, Bl. 29).

⁴¹ Bericht vom 30. 5. 1951, BArch DO 1/11, Nr. 960, Bl. 56 f.; Brief des Ministers für Gesundheit Steidle am 24. 5. 1951 an die HVDVP mit der Bitte um möglichst rasche Erteilung einer Zuzugsgenehmigung für die Familie des Arztes, der schon seit Anfang 1950 in der DDR wohnhaft war. Die Tatsache, daß das VPKA Weimar dem Arzt Dr. S. eine „mangelhaft[e]“ Einstellung zur DDR bescheinigt hatte (Vermerk vom 26. 3. 1952, BArch DO 1/11, Nr. 960, Bl. 54), mag zu den Verzögerungen beigetragen haben. Vgl. auch den Erfahrungsbericht eines Arztes über seine schlechte Behandlung in der DDR von 1951 (BArch DO 1/11, Nr. 960, Bl. 67 ff.).

⁴² Auf der Liste der bis Ende 1950 in die DDR übergesiedelten 31 westdeutschen Ärzte waren nur drei älter als 40 Jahre (SAPMO-BArch DY 30/J IV 2/3-159, Bl. 5). Von 1945 bis in die frühen fünfziger Jahre war der Arztberuf in Westdeutschland „von der bisher stärksten Überfüllungskrise in seiner Geschichte betroffen“ und die „miserable Soziallage der Ärzte“ verbesserte sich erst im Laufe der fünfziger Jahre (Titze, *Akademikerzyklus* [1990], S. 89 f.).

beispielsweise in der ersten Maihälfte 1951 635 illegale Zuwanderer und 589 mit Interzonenpaß,⁴³ und der Generalinspekteur der Volkspolizei, Seifert, berichtete der SKK am 6. Oktober 1950 von insgesamt 6 797 Personen, die in der ersten Jahreshälfte 1950 illegal in die DDR gezogen seien.⁴⁴ Seit Anfang der fünfziger Jahre berichteten zunehmend mehr Betriebe und Behörden von Problemen mit der Versorgung und Unterbringung der Zugezogenen. Die Abteilung Wohnungswesen der Stadt Dresden unterrichtete im Januar 1952 die Regierung in Ost-Berlin davon, daß sie den aus Westdeutschland zugereisten Familien und Einzelpersonen zwar „auf Anordnung der Volkspolizeibehörde [...] keine Schwierigkeiten“ mache, daß die Zuwanderer aber erhebliche Probleme bei der Wohnraumbewirtschaftung verursachten. Die Hauptabteilung PM bei der HVDVP antwortete beispielhaft lapidar: Sie wies kommentarlos „auf die Tatsache des Verzugs nach Westdeutschland“ hin und erklärte zu den Problemen mit den Zugewanderten: „Unseres Erachtens dürften damit die erhobenen Bedenken gegenstandslos werden.“⁴⁵

Ganz offensichtlich gab es in den führenden politischen Institutionen noch kein ernsthaftes Interesse an der Westabwanderung und ihren gesellschaftlichen Folgen. Einige Behörden vor Ort hatten Probleme zu bewältigen, und die SED befürchtete schädliche Einflüsse aus dem Westen. Vorherrschend blieb aber das Desinteresse. Die wenigen offiziellen Maßnahmen besaßen geringe Bedeutung.

Auch aus sicherheitspolitischen Gründen richtete sich die Aufmerksamkeit der Kommunisten in der SBZ/DDR auf den grenzüberschreitenden Verkehr, egal ob es um kurzfristige Besuche oder langfristige Wohnungswechsel ging. Entscheidend war, daß jeder Grenzübertritt Kontakte mit dem Westen ermöglichte und daß diese generell als Bedrohung wahrgenommen wurden. Aus diesem Grund sollte die SBZ/DDR-Bevölkerung schon früh vor westlichen Einflüssen abgeschottet und der grenzüberschreitende Verkehr möglichst weitgehend unterbunden werden. Schon seit 1945 schränkten die neuen Machthaber in der SBZ die privaten und politischen Kontakte zwischen Ost und West, die aufgrund von Kriegszerstörungen und alliierten Verkehrs- und Postkontrollen ohnehin limitiert waren, weiter ein. In diesen Zusammenhang gehört die generelle Verdächtigung und Marginalisierung von ehemaligen Westemigranten, von der selbst Altkommunisten nicht ausgenommen wurden. Die Ulbricht gegenüber loyalen Rückkehrer aus Moskau verdrängten die Rückkehrer aus dem Westen nicht nur von zahlreichen Posten, sondern verpflichteten sie auch, möglichst alle Kontakte in die Westzonen und in die Aufnahmelande während ihres Exils rigoros der Parteikontrolle zu unterstellen oder abzubauen.⁴⁶

⁴³ BArch DO 1/11, Nr. 960, Bl. 55. Im Dokument befindet sich die Zahl 859, die sich durch die Länderaddition aber als falsch abgetippte 589 herausstellt.

⁴⁴ BArch DO 1/11, Nr. 911, Bl. 112–121, hier Bl. 118. Mehr als die Hälfte, nämlich 3 589 Zuwanderer, seien auf der Suche nach Arbeit in die DDR gekommen.

⁴⁵ BArch DO 1/11, Nr. 961, Bl. 18 ff.

⁴⁶ Die SED-Spitze teilte Stalin in einem Gespräch am 18. 12. 1948 mit, daß sie es den „Führern der SED“ offiziell untersagt habe, in die Westzonen zu reisen (Wolkow, *Die deutsche Frage* [2000], S. 34). Der Befehl Nr. 2/49 des Präsidenten der DVdI vom 14. 1. 1949 veranlaßte die Überprüfung aller VP-Angehörigen, nach der alle Polizisten entlassen werden sollten, die Verwandte im Westen hatten, in westlicher Kriegsgefangenschaft gewesen waren oder anderweitig als unzuverlässig galten (Wenzke, *Kaderarmee* [1994], S. 231 f.). Das Sekretariat des ZK beauftragte zudem Ende November 1949 die Kaderabteilung damit, „zu überprüfen, welche Parteimitglieder Pässe kapitalistischer Länder haben.“ Diese hätten die Staatsbürgerschaft der entsprechenden Länder aufzugeben und dafür einen Nachweis zu erbringen (SAPMO-BArch DY 30/J IV 2/3-67, Bl. 5).

Auch die Zuwanderer aus dem Westen galten als Risikofaktoren, denen gegenüber die Landespolizeibehörden und die SED-Mitglieder zu „größte[r] Wachsamkeit“ aufgefordert wurden.⁴⁷ In Sachsen-Anhalt sollte die Polizei westdeutschen und ausländischen Arbeitnehmern, selbst wenn sie bereits polizeilich und politisch überprüft waren, nur monatlich zu verlängernde Aufenthaltsgenehmigungen erteilen,⁴⁸ und die HVDVP formulierte am 10. Juni 1952 scharfe Anweisungen gegen illegale Zuwanderer aus dem Westen, besonders gegen „Geistliche und geistliches Hilfspersonal (auch Ordensschwester)“.⁴⁹ Ein ähnliches Interesse verfolgte die SED, als sie verschiedene in Ost-Berlin oder der DDR tätige Berufsgruppen – etwa die Mitarbeiter der SED, der Massenorganisationen und der Reichsbahn sowie Künstler, Wissenschaftler und Angehörige der technischen Intelligenz – dazu verpflichtete, ihren Wohnsitz aus West-Berlin in den Osten zu verlegen.⁵⁰

Im Visier der Staatsmacht befand sich das gesamte Spektrum möglicher Einflüssen aus dem Westen. Von hervorgehobener Bedeutung war dabei der Kampf gegen die „feindlichen Rundfunkstationen und ihre Verleumdungskampagnen“, etwa eine im Januar 1952 vom Politbüro angekündigte „systematische und offensive Gegenkampagne“ des DDR-Rundfunks⁵¹ oder zahlreiche Artikel und Karikaturen im Neuen Deutschland und anderen Zeitungen und Zeitschriften, die vor dem westdeutschen Rundfunk warnten bzw. sich über ihn lustig machten.⁵² Als fast ebenso gefährlich galt die westliche „Schundliteratur“: Zahllose Volkspolizisten attestierten den westlichen Romanheften eine unmittelbare politische Wirkung, indem sie sie in ihren Berichten als direkte Ursache für Cliquesbildung, Ungehorsam, abweichendes und negatives Verhalten und später sogar als für die West-

⁴⁷ Beschluß des Sekretariats vom 19.12.1949 (SAPMO-BArch DY 30/J IV 2/3-73, Bl. 1 f.). Vgl. auch Dr. K. Fischer am 8.3.1950 an die Landesbehörden der VP und das Präsidium der VP Berlin, BArch DO 1/11, Nr. 960, Bl. 20.

⁴⁸ BArch DO 1/11, Nr. 960, Bl. 20.

⁴⁹ BArch DO 1/11, Nr. 961, Bl. 97. Nach Anweisung des Sekretariats des ZK an Innenminister Steinhoff vom 28.9.1950 sollten alle Landräte die „gegnerischen Kräfte aus Westdeutschland“ erfassen und dabei vor allem Kirchenkreise ins Visier nehmen. In die gleiche Richtung wies, daß das Sekretariat in der gleichen Sitzung die bereits erteilte Aufenthaltsgenehmigung für den Erzbischof von Paderborn mißbilligte und verschiedene Kommissionen und Institutionen mit verschärften antiwestlichen Angriffen und mit Kontrollen in Personenzügen beauftragte (SAPMO-BArch DY 30/J IV 2/3-141, Bl. 1, 6 f.). Das Mißtrauen gegen Westkontakte zeigen auch die aufwendigen Vorbereitungen von Westreisen von Künstlern, selbst wenn diese als politisch loyal eingeschätzt wurden (SAPMO-BArch DY 30/J IV 2/3-184, Bl. 2 f.; SAPMO-BArch DY 30/J IV 2/3-193, Bl. 12, 41 f.; SAPMO-BArch DY 30/J IV 2/3-226, Bl. 6, 15).

⁵⁰ SAPMO-BArch DY 30/J IV 2/3-28, Bl. 4; SAPMO-BArch DY 30/J IV 2/3-52, Bl. 8; SAPMO-BArch DY 30/J IV 2/3-105, Bl. 3; SAPMO-BArch DY 30/J IV 2/3-110, Bl. 3; SAPMO-BArch DY 30/J IV 2/3-306, Bl. 9.

⁵¹ SAPMO-BArch DY 30/J IV 2/2-187, Bl. 10, 24-27; vgl. auch SAPMO-BArch DY 30/J IV 2/3-260, Bl. 25-28; SAPMO-BArch DY 30/J IV 2/3-270, Bl. 1 f.

⁵² Vgl. z.B. „Politischer Flüchtling“ – Wie es einem erging, der dem NWDR glaubte“, ND Nr. 82 v. 6.4.1950, S. 4; „Opfer der Rias-Propaganda berichten: Wer den Kriegshetzern glaubt, schneidet sich ins eigene Fleisch“, ND Nr. 26 v. 31.1.1953, S. 2; „Rias-Lügen treiben Menschen in den Tod“, ND Nr. 72 v. 26.3.1953, S. 6; Fotounterschrift „Verzweifelt, enttäuscht kommen diese von Rias-Propaganda irreführten Menschen nach sinnloser ‚Flucht‘ aus einem friedlichen und aufbauenden Ort der DDR in einem Westberliner Elendslager wieder zu sich.“, Neue Berliner Illustrierte Nr. 7/1953, S. 2; „Wie mich RIAS-Agenten nach West-Berlin lockten“ (Dok. 40) sowie die wöchentlich in der Satirezeitschrift „Früher Wind“ erscheinende Comic-Serie „Zacharias“ über einen Ost-Berliner, der den Alliierten-sender RIAS hört.

flucht der Jugendlichen verantwortlich erklärten.⁵³ Zahlreiche weitere Beispiele belegen die Versuche der antiwestlichen Abschottung: Im Anschluß an die Welfestspiele in Berlin vom August 1951 untersagte die SED der FDJ den Briefverkehr mit Jugendlichen aus dem Ausland,⁵⁴ Jugendliche, die nahe der Westgrenze oder West-Berlins lebten, sollten vom Besuch westlicher Schulen abgehalten werden⁵⁵ und Westdeutschen und West-Berlinern wurde es untersagt, einen zweiten Wohnsitz in Ost-Berlin oder der DDR zu halten.⁵⁶

Auch von den Konsumgütern des Westens sollten die DDR-Bürger ferngehalten werden, da diese schon bald nach der Währungsreform im Urteil der Bevölkerung deutlich besser abschnitten als die ostdeutschen Produkte.⁵⁷ Auch wenn die SED die westliche Wirtschaft und Werbung als „Schaufensterideologie“⁵⁸ kritisierte und die in der DDR deutlich niedrigeren Preise für die Güter des täglichen Bedarfs betonte:⁵⁹ Die Minimierung von Kontakten und die Vermeidung von Vergleichsmöglichkeiten sollten die langsam sichtbar werdenden Unterschiede zwischen ost- und westdeutscher Wirtschaft kaschieren. Besonderen Unmut erregten westliche Paketaktionen, gegen die die SED Anfang der fünfziger Jahre wiederholt, aber meistens erfolglos, einzuschreiten versuchte.⁶⁰

⁵³ Z.B. BArch DO 1/11, Nr. 19, Bl. 150. Zahlreiche weitere Beispiele belegen die Versuche der antiwestlichen Abschottung: Im Anschluß an die Welfestspiele in Berlin vom August 1951 untersagte die SED der FDJ den Briefverkehr mit Jugendlichen aus dem Ausland (SAPMO-BArch DY 30/J IV 2/3-271, Bl. 12); Jugendliche, die nahe der Westgrenze oder West-Berlins lebten, sollten vom Besuch westlicher Schulen abgehalten werden (BArch DO 1/07, Nr. 567, Bl. 7, 52; Zahl der DDR-Kinder in West-Berliner Schulen vom 15. 9. 1950: BArch DO 1/11, Nr. 911, Bl. 110); Westdeutschen und West-Berlinern wurde es untersagt, einen zweiten Wohnsitz in Ost-Berlin und der DDR zu halten (SAPMO-BArch DY 30/J IV 2/3-184, Bl. 8; SAPMO-BArch DY 30/J IV 2/3-296, Bl. 6, 9 ff.; BArch DO 1/11, Nr. 920; BArch DO 1/11, Nr. 912, Bl. 69 f.; BArch DO 1/11, Nr. 929, S. 19-23, 136-147; BArch DO 1/11, Nr. 960, Bl. 38); noch vor Errichtung des verschärften Grenzregimes im Westen der DDR im Mai 1953 ging die Polizei gegen das illegale Halten von Sporttauben im Grenzgebiet vor (Bericht über den Dienstzweig Paß- und Meldewesen im I. Quartal 1953, BArch DO 1/11, Nr. 914, Bl. 16); Maron hielt es als Chef der Volkspolizei und stellvertretender Innenminister im März 1952 gegenüber zahlreichen Dienststellen wie der SKK und dem MfS für mitteilungswürdig, daß West-Berliner Jugendliche bei Großbauern in der DDR arbeiteten (BArch DO 1/11, Nr. 695, Bl. 4 f.).

⁵⁴ SAPMO-BArch DY 30/J IV 2/3-271, Bl. 12.

⁵⁵ BArch DO 1/07, Nr. 567, Bl. 7, 52.

⁵⁶ SAPMO-BArch DY 30/J IV 2/3-184, Bl. 8; SAPMO-BArch DY 30/J IV 2/3-296, Bl. 6, 9 ff.; BArch DO 1/11, Nr. 920; BArch DO 1/11, Nr. 912, Bl. 69 f.; BArch DO 1/11, Nr. 929, Bl. 19-23, 136-147; BArch DO 1/11, Nr. 960, Bl. 38.

⁵⁷ Dies galt vor allem für die Bekleidung, vgl. dazu Stützel, *Drudgery of Clothing* (2000).

⁵⁸ „Die Aufgaben der Volkspolizei im Kampf gegen die Republikflucht, bei der Regelung des innerdeutschen Reiseverkehrs und der Überwachung der Rückkehrer und Zuzüge“ vom Dezember 1957 (BArch DO 1/11, Nr. 558, Bl. 78-101, hier Bl. 80).

⁵⁹ BArch DO 1/11, Nr. 936, Bl. 7: Verbot der Ausfuhr von Waren in den Westen, 2. 12. 1949.

⁶⁰ PB am 4. 8. 1953 gegen Paketaktionen aus dem Westen (SAPMO-BArch DY 30/J IV 2/2/312, Bl. 7). Das Arbeitsprotokoll zur Sitzung des Sekretariats des ZK am 12. 8. 1953 enthält den Vorschlag zu einer propagandistischen Gegenaktion, dem „Verkauf von Kartoffeln und Gemüse an westberliner Arbeitslose und Rentner“, womit die niedrigeren Preise für Grundnahrungsmittel in der DDR demonstriert werden sollten. Der Beschluß wurde nicht gefaßt; wahrscheinlich fehlte der DDR ausreichend Ware (SAPMO-BArch DY 30/J IV 2/3-394, Bl. 5; SAPMO-BArch DY 30/J IV 2/3 A-377). Vgl. auch die Karikaturen und die ironischen „Notwendige[n] Hinweise für Bettler amerikanischer Pakete“ in der Satirezeitschrift „Frischer Wind“, Nr. 33/1953, S. 4; Artikel „Gefährliche Märchen“, in: *Die Frau von heute* Nr. 35 v. 26. 8. 1960, S. 3, in denen die Aufforderung westlicher Stellen, Lebensmittelpakete in die DDR zu schicken, kritisiert und lächerlich gemacht wird, da Inhalt und Porto im Westen mehr kosteten als im Osten und die Waren verdürben.